

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Bata: Die verrückte Geschichte des Schuhkonzerns von unten erzählt. Seite 17

Juhuuuuu!

15 000 Búezerinnen und Búezer für mehr Lohn auf der Strasse. Und an der Urne sagen 67,1 Prozent Nein zum BVG-Bschiss.

Seiten 2 und 7



FOTOS: RANPIXEL / PLAKATSAMMLUNG SCHULE FÜR GESTALTUNG BASEL / KEYSTONE

Finstere Solar-Bude

Bei der Viva Solar AG in Balgach SG verzweifeln die Búezer.

Seite 3

Abbruch-GmbH Bundesrat

Rechtsbürgerliche Mehrheit will den Sozialstaat schrotten.

Seite 9

Zug um Zug: So klappt das Zúgeln

Umziehen ist ein Chrampf. Geschirr geht kaputt und Administratives vergessen. Die work-Checkliste hilft.

Seiten 18-19





workedito
Anne-Sophie Zbinden

RECHTS BLINKEN, LINKS ABBIEGEN

Die Schweiz wählt mehrheitlich rechts. Das zeigt sich an der mal mehr, mal weniger deutlichen rechtsbürgerlichen Mehrheit im Bundesparlament. Und wenn immer mal wieder das «linke Parlament da oben in Bern» an allem Übel im Land schuld sein soll, dann ist das schlicht Unsinn. Die Schweiz hatte in den 176 Jahren ihres Bestehens noch nie eine linke Mehrheit im Parlament, geschweige denn in der Regierung.

ERKLÄRSALAT. Wenn jetzt diese rechtsbürgerliche Mehrheit zum dritten Mal in diesem Jahr eine schallende Ohrfeige kassiert, dann liegt das nicht an der Parteiaffinität der Stimmberechtigten. Das «Asyl-Chaos» (SVP-Dettling) ist nicht schuld

Die SVP plädierte für Gleichstellung, die FDP für Tieflohner. Suche den Fehler.

am rechten Abstimmungsdesaster und auch nicht die «Angstmacher-Kampagne von

linker Seite» (FDP-Sauter). Und es lag auch nicht daran, dass die jüngste Vorlage zur BVG-Reform zu «kompliziert» war.

Das System der beruflichen Vorsorge ist tatsächlich kompliziert, und davon profitieren in erster Linie die Versicherungskonzerne. Eine Mehrheit der Stimmberechtigten (und übrigens 70 Prozent der SVP-Basis) hat aber offensichtlich sehr gut verstanden, worum es in der Vorlage wirklich ging: mehr Geld für die Versicherer, weniger im eigenen Sack.

PURZELBÄUME. Die Reform-Befürworter haben sich ihre Kampagne von der Finanzbranche teuer bezahlen lassen. Und gleichzeitig argumentativ überraschende Purzelbäume geschlagen: Die SVP plädierte für Gleichstellung, die FDP für Tieflohner. Suche den Fehler! SVP-Chef Marcel Dettling entdeckt die Frauen, FDP-Präsident Thierry Burkart sorgt sich um jene Menschen, die «am Morgen den Wecker stellen und arbeiten gehen müssen». Ihnen solle man nicht das Geld aus dem Sack ziehen. Mütter zählt er aber offenbar nicht dazu. Herr Dettling, 71 Prozent der Frauen wollten diese BVG-Reform nicht. Weil sie verstanden haben, dass sie sie keinen Schritt weiter bringt in Sachen Gleichberechtigung. Auch deshalb, weil Ihre Partei an einem Rollenbild festklebt, das an Geschichtsklitterung grenzt. Und, Herr Burkart, wann haben Sie zuletzt mit einer Person gesprochen, die von frühmorgens bis spät arbeitet und trotzdem immer weniger Geld im Sack hat? Das wäre doch mal was.

LIEBER LINKS. Das hätten Sie, warum nicht zusammen mit Herrn Dettling, am 21. September auf den Berner Strassen machen können. Rund 15 000 Menschen hätten Ihnen gerne erklärt, was es heisst, für immer weniger Lohn immer mehr zu chrampfen, mit oder ohne Wecker am Morgen. Aber der Besuch einer Gewerkschaftsdemo steht wohl eher nicht in Ihrer Agenda. Eigentlich schade, die Diskussionen wären bestimmt angeregt verlaufen. Da hätten Sie zum Beispiel erfahren, dass Snježana für ihren 100-Prozent-Job als Verkäuferin 4420 Franken verdient, brutto. Kein Wunder, finden Menschen wie sie einen Rentenverlust von 12 Prozent inakzeptabel. Oder Sie hätten mit Matthias sprechen können. Er ist der Meinung, dass in diesem «Dreckssystem nur die wenigsten profitieren, während sich die anderen zu Tode ackern». Oder mit Lea, die sich für höhere Löhne in der Pflege einsetzt, einer Branche, in der hauptsächlich Frauen arbeiten. Nicht unbedingt Ihre Klientel, klar. Aber vielleicht hätte es Ihnen die Antwort erleichtert, wieso Menschen Ihre Parteien zwar wählen, aber in Sachen Renten doch lieber der linken Minderheit vertrauen.

Dritte Ohrfeige in diesem Jahr für die rechten Renten-Abbauer Volk schickt den BVG-Bschiss bachab

Bei der Rentenpolitik politisiert die rechte Parlamentsmehrheit am Volk vorbei. Das hat eine massive Mehrheit am 22. September zum dritten Mal innert sechs Monaten bestätigt.

CLEMENS STUDER

Mehr AHV, nicht noch mehr bezahlen für noch weniger Leistung bei den Pensionskassen – und schon gar nicht chrampfen bis ins Grab für alle Nichtmillionäre. An diesen Ergebnissen der Abstimmungen vom März und September dieses Jahres lässt sich nicht rumdeuteln.

OHREIFEN IN SERIE

Am 3. März sagten 58,2 Prozent der Stimmdenden Ja zu einer 13. AHV-Rente. Und auch die Hürde des Ständemehrs, dieser Panzersperre gegen gesellschaftliche Fortschritte, nahm die Gewerkschaftsinitiative locker. Das war der erste Streich. Und er traf die rechten Parteien und ihre Sponsoren aus der Finanzindustrie heftig.

Die Versprechen der rechten Frauen waren leer.

Denn nichts wollen sie seit der Einführung der AHV weniger als deren Stärkung. Denn das Geld verdienen Banken und Versicherungen mit den Pensionskassen. Jahr für Jahr Milliarden. Besonders bitter für die AHV-Feindinnen und -Feinde: Am selben Tag schickte das Volk auch noch die jungfreisinnige Initiative für ein höheres Rentenalter bachab. Davon wollten weniger Menschen etwas wissen, als seinerzeit die Armee abschaffen wollten.

BÜRGERLICHE DURCHSCHAU

Im Vorfeld der AHV-21-Abstimmung haben vor allem die bürgerlichen Frauen grosse Versprechen gemacht. Die Rentenlücken der Frauen würden bei der BVG-Revision geschlossen. Aber zuerst müssten die Frauen jetzt halt mal ein Jahr länger arbeiten. Zusammen mit den unterdessen endlich ein-



GESCHAFFT: Das BVG-Nein-Lager jubelt am Sonntag in Bern, darunter Unia-Präsidentin Vania Allea, Vizepräsidentin Véronique Polito und SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard. FOTO: KEYSTONE

gestandenen Fake-Horror-Prognosen zu den AHV-Finzen reichte dies für ein Mini-Ja. Doch – wie zu erwarten – waren die Versprechen der rechten Frauen leer. Sie stimmten nicht nur der BVG-Bschiss-Vorlage zu, sondern versuchten sie auch noch als Erfolg für die Gleichstellung zu verkaufen. Völlig diskreditiert hat sich neben den bürgerlichen Parteipolitikerinnen in Rentenfrage auch Alliance F, die unterdessen wie eine weitere Frontorganisation der GLP agiert. Und entsprechend medial gehätschelt wird. Noch nach dem klaren Abstimmungsergebnis huldigten etwa die SRF-Leute der falschen Geschichte von den «enttäuschten Frauen».

EINE KLASSENFRAGE

Die Nachwahl-Befragungen der TX-Medien widerlegen diese rechte Propaganda eindrücklich: 71 Prozent der Frauen sagten Nein. Klar auch das Ergebnis aufgeschlüsselt nach Einkommensklassen. Je kleiner das Einkommen, desto klarer die Ablehnung. Doch selbst bei jenen, die über 16 000 Franken pro Monat verdienen, sagte eine Mehrheit Nein. Von den Parteigängerinnen und -gängern sagten gerade mal die GLP-Wählenden Ja. Bei der FDP sagten 53 Prozent Nein. Wobei beides auch umge-

kehrt sein könnte, weil der statistische Fehlerbereich der Befragung bei 5 Prozent liegt.

Die Umfrage wurde vom Institut Leewas durchgeführt. Dieses hatte die Abfuhr für die BVG-Reform konstant vorhergesagt. Im Unterschied zum Institut GFS, das die SRG-Kanäle noch im August von einer Ja-Mehrheit phantasieren liess.

KÖNNEN RECHTE LERNEN?

Drei Mal Millionen investiert. Drei Mal verloren. Haben die rechten Parteien und die ideologischen Wirtschaftsverbände jetzt begriffen, dass ihre Rentenpolitik beim Volk keine Chance hat? Die ersten Reaktionen lassen daran zumindest zweifeln. Während SVP-Präsident Marcel Dettling von «kriminellen Asylantern» schwafelte, die seine Basis dazu bewogen hätten, die BVG-Revision abzulehnen, forderte der Gewerbeverband – dessen Basis der ideologischen Ja-Parole der Spitze wohl auch nicht folgte – einmal mehr ein höheres Rentenalter.

Unterdessen haben Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im Parlament bereits konkrete Vorstösse dazu eingereicht, wie die Rentensituation der Frauen verbessert und die Kaufkraft der Pensionierten erhalten werden kann.

Künzi wählt Katzen



Sandra Künzi lebt und büglet in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Zurzeit ist sie freiwillige, nicht ganz unabhängige Beobachterin des Wahlkampfes in den USA. Direkt aus dem Schweizer Wohnzimmer.

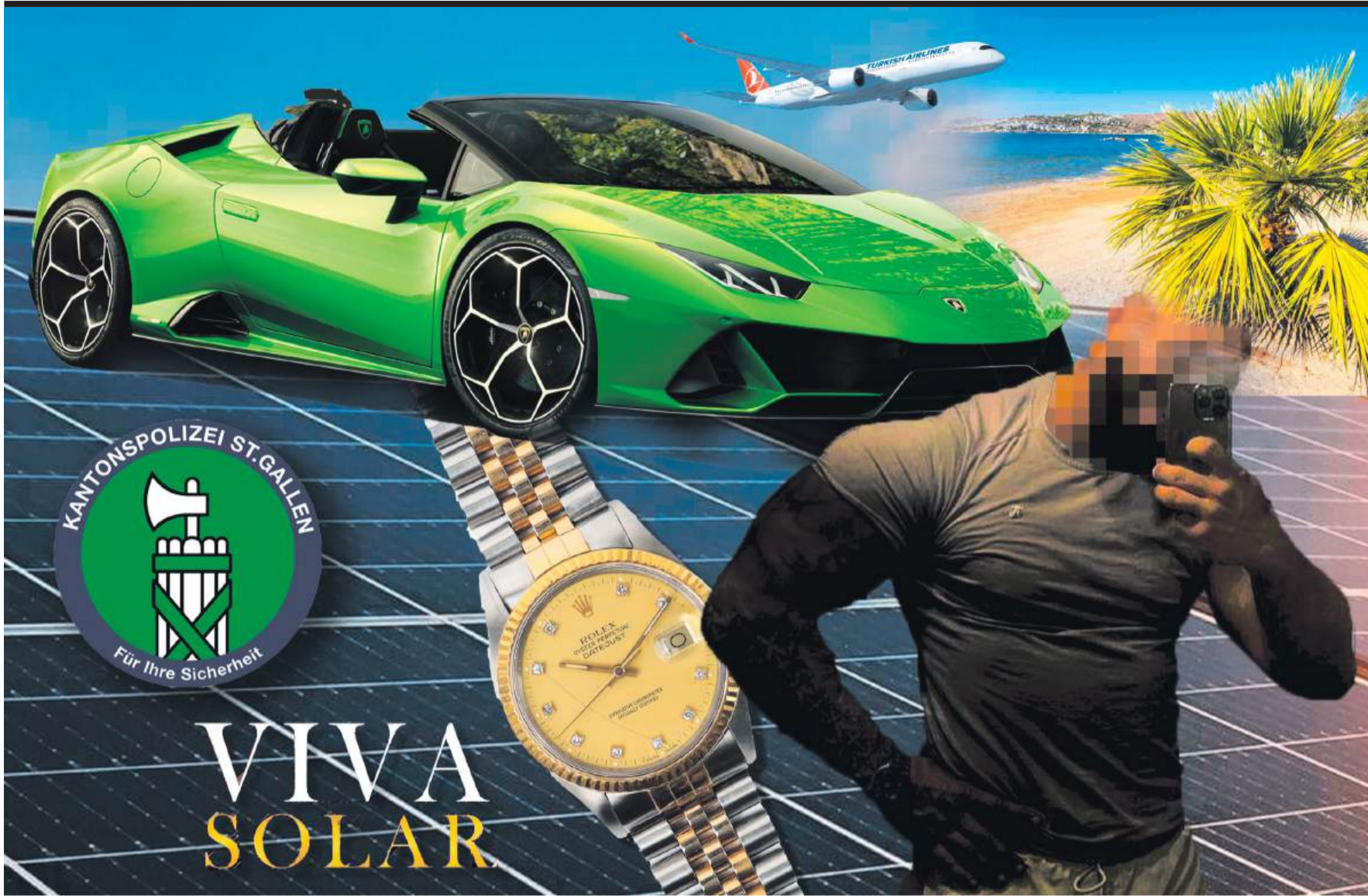
Bei uns hat man früher amigs auch gesagt, die «Tschingge» würden unsere Katzen fressen. Krass oder? Ich liebe Büsi. Ich habe keine Kinder, aber zwei Büsi. Okay, es sind zwei fette Kater, und es wären zwei prächtige Sonntagsbraten. Die Tierärztin hat gesagt, ich muss sie auf Diät setzen. Aber die hat keine Ahnung. Das ist, wie wenn man dem Team von Trump sagen würde: «Jetzt sorgt endlich dafür, dass der nicht mehr so viel Seich erzählt!» Chancenlos.

RICHTIGE FRAU. Eine von meinen Katzen, die Schnüfeli, geht immer zu meinem Nachbarn Tinu. Ich bin also zu Tinu, um ihm zu sagen, dass er den Schnüfeli auf keinen Fall füttern darf. Aber Tinu zischte: «Ich lass mir nichts sagen von einer kinderlosen Frau!» Ich dachte, ich hör nicht recht. «Hey Tinu, schliifts?» Dann bin ich in einfach rein und auf seine Couch gesessen. Es war ihm gar nicht wohl. Er sagte, er sei halt ein verunsicherter junger Mann, und er finde es komisch, dass ich zwei Katzen habe und keine Kinder. «Du hast ja auch keine Kinder und nicht mal eigene Katzen! Und vierzig ist nicht mehr jung!» Ja eben! Er wolle schon lange eine Frau, aber eine richtige. Eine, die den Haushalt schön mache, so mit dekorieren und so, die für die Kinder schaue und

gut aussehe und nett und fröhlich sei, vor allem fröhlich. Das wünsche er sich so fest, aber hier finde er einfach keine. Wie beruhigend, dachte ich. Dann setzte er sich, und Schnüfeli legte sich sofort zu ihm.

TRAU TRUMP. In Amerika, da gebe es viele junge Frauen, die einfach wieder normale Hausfrau sein wollen, sagte Tinu und zeigte mir Tiktok-Bilder davon (#tradwives). Und deshalb will er nach Amerika. Aber nur, wenn Trump gewählt wird. Diese kinderlose Kamala mit ihrem geschliffenen Mundwerk, das mache einem doch Angst. In so einer Welt, da hätten Männer wie er keine Chance mehr. «Sie nehmen uns die Arbeit und Würde weg!» Und nur Trump traue sich, das laut zu sagen.

O GOTT. Schnüfeli begann laut zu schnurren. Was sollte ich jetzt tun? Ich bin ja nicht Psychologin. Und ich kann ja jetzt nicht Kinder machen, nur damit es dem Tinu besser geht, oder? Mir fiel nichts Besseres ein als: «Tinu, ich glaube, Schnüfeli würde das nicht verkraften, wenn du weggehst!» Tinu schaute mich an: «Meinst du?» Ich nickte und sagte ihm, Schnüfeli sei eigentlich sowieso seine Katze, also gefühlsmässig. Er strahlte. Ich bin echt nicht gläubig, aber in dem Moment dachte ich, lieber Gott, mach, dass all die frustrierten, verunsicherten Männer in Amerika die Wahl verpennen und Trump nicht gewählt wird, BITTE BITTE BITTE! Noch 40 Tage!



ER LÄSST ES SICH GUT GEHEN: Viva-Solar-Chef David Z. haut Geld für Luxusprodukte raus, doch seine Firma hat einen riesigen Schuldenberg angehäuft. ILLU: NINOTCHKA.CH



WORK LÄSST SICH NICHT EINSCHÜCHTERN

Der neueste Beitrag der SRF-«Rundschau» belegt, was work vor über einem Jahr schrieb: Auf dem Basler Klybeckareal schlummern sehr wahrscheinlich hochgiftige Stoffe (der ganze Beitrag: rebrand.ly/RundschauKlybeck). Das ehemalige Chemieareal steht seit 2010 still. 2018 hat Besitzerin Novartis das Gebiet dem Kanton Basel-Stadt zum Kauf angeboten. Die «Rundschau» zitiert einen Bericht, in dem der Kanton seinen negativen Kaufentscheid mit dem verseuchten Boden begründet: «Es kann vermutet werden (...), dass es der Verkäuferin (...) nicht so sehr um ein transparentes Verfahren ging, sondern eher darum, dem Käufer

Berichterstattungen über Altlasten belasten wohl das Profit-Projekt.

möglichst alle Risiken vollumfänglich zu übertragen.» Altlasten-Experte und Geschäftsführer der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz Martin Forter doppelt nach: «Eine systematische Untersuchung auf gefährliche Stoffe hat bis heute nicht stattgefunden.» Gekauft haben das Areal schliesslich die Investorengruppe Rhystadt AG und der grösste Schweizer Lebensversicherer Swiss Life.

GIFTIGES ERBE. Der Verein Industrie- und Migrationsgeschichte der Region Basel führt auf dem ehemaligen Ciba-Areal ein Museum über die Fabrikarbeiter und veranstaltet Führungen. Bereits im Februar 2023 hat work das Areal besucht und über das giftige Erbe von Basel berichtet (rebrand.ly/Basels-giftiges-Erbe). Nach dem Besuch schrieb work: «1996 fusionierte Ciba-Geigy mit Sandoz. Aus den beiden Chemiewerken entstand Novartis. Danach wurde das Areal immer weniger genutzt, seit 2010 herrscht Stillstand. Nur noch wenige Verwaltungsgebäude werden von Schulen oder anderen Betrieben benutzt. Geblieben sind dagegen die giftigen Altlasten im Boden.»

BEISSENDE REAKTIONEN. Das Stichwort «giftige Altlasten» traf ins Schwarze. Plötzlich forderten Anwälte und PR-Manager, der Artikel solle «ultimativ» innert 24 Stunden gelöscht werden. Der Grund: In puncto Altlasten gehöre das Areal zu den «bestuntersuchten» der Schweiz. Trotzdem: Swiss Life habe auf dem ehemaligen Chemieareal den Zutritt zu einigen Bauten aus Gründen des Gesundheitsschutzes eingeschränkt, schrieb der Verein Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz in einer Medienmitteilung vom Mai 2024. Und weiter: «Diese Gebäude dürfen nur noch mit Atemschutz sowie teils Schutanzügen und Schutzbrille betreten werden.» Auf dem Klybeckareal entsteht nun ein Milliardenprojekt der Rhystadt AG und Swiss Life. Wohnungen für 10 000 Menschen sollen aus dem (giftigen) Boden gestampft werden. Berichterstattungen über die Altlasten vor Ort gefährden wohl das Profit-Projekt. Doch work lässt sich nicht einschüchtern.

Mitarbeiter-Notruf aus St. Galler Solar-Bude:

«Stoppt endlich unseren Chef!»

Lohnschiss, getäuschte Kundschaft und Riesenschulden beim Staat: Mitarbeitende der Firma Viva Solar in Balgach SG erheben schwere Vorwürfe gegen ihren Chef. Aber auch die Behörden kommen schlecht weg.

JONAS KOMPOSCH

Es ist ein Ruf der Verzweiflung, der jüngst die Unia in St. Gallen erreicht hat. «Wir bitten Sie zutiefst darum, uns behilflich zu sein», heisst es in dem Schreiben. Und: «Sie sind unsere einzige Hoffnung!» Überall sonst sei man nämlich «abgewimmelt» worden. Beim Amt für Wirtschaft und Arbeit, beim Steueramt, beim Migrationsamt und sogar bei der Polizei. Unterzeichnet ist der Brief von vier Mitarbeitenden der Viva Solar AG, einer Firma für Photovoltaik-Installationen mit angeblichem Sitz in Sirnach TG. Doch dazu später.

Was die vier Insider anprangern, ist happig. Ihrem Chef werfen sie eine Reihe von Delikten vor: Nicht-Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge, Täuschung von Kundinnen und Kunden mit gefälschten Urkunden, Nicht-Führen einer Geschäftsbilanz, ungesetzliche Buchführung, fehlerhafte Steuerdeklaration und Beschäftigung von Grenzgängern ohne Bewilligung. Als Unia-Sekretär Lukas Auer dies las, schrillten bei ihm alle Alarmglocken. Denn mit Viva-Solar-Chef David Z.* (28) hatte er schon eigene Erfahrungen gemacht.

MANN DER ERSTEN STUNDE PACKT AUS

Ende Juli begleitete Auer einen Ex-Monteur der Viva Solar vor den Friedensrichter. Denn Z. hatte ihm wegen einer simplen Verkehrsbusse 3000 Franken vom Lohn abgezogen. Obwohl die Busse bloss 700 Franken betrug und der Monteur sie bereits selbst bezahlt hatte. Z. aber schasste ihn fristlos und behielt auch den Lohn für 140 Überstunden ein. Total fehlen dem Monteur jetzt rund 10 000 Franken. Die Schlichtungsverhandlung schwänzte Z.

Die Masche scheint System zu haben. Denn auch ein ehemaliger Viva-Projektorganisator hat sich bei der Unia gemeldet. Er sei zuerst gemobbt und dann aus der Firma gedrängt worden, sagt er. Seither ist

der Mittfünfziger beim RAV gemeldet. Z. schulde ihm noch rund 30 000 Franken Lohn. Einer, der es wissen muss, ist Sebastian Soller*. Er sagt, abserviert worden seien noch sicher vier weitere Mitarbeitende. Soller hat die Viva Solar im Sommer 2023 mitaufgebaut und war bis vor kurzem Z.s wichtigster Mann für Büroarbeiten. Wohl sei ihm dabei nie gewesen, und nun sei der Bruch gekommen. Soller bestätigt, was die vier Mitarbeitenden im Schreiben an die Behörden und die Unia behaupten. Er sagt: «Sozialversicherungsbeiträge und Steuern habe ich für die Firma immer sauber deklariert, doch Z. hat nicht bezahlt.»

BETREIBUNGSREGISTERAUSZUG GEFÄLSCHT

Sicher ist: Das Betriebsregister der Viva Solar ist lang. Ein Auszug von Anfang September zeigt: Auf fast eine Million Franken wird die Firma aktuell betrieben – nach erst einjähriger Geschäftstätigkeit. Die grössten Beiträge fordern die Eidgenössische Steuerverwaltung, das Sozialversicherungszentrum Thurgau, die Suva und das St. Galler Steueramt. work liegt aber noch ein anderer «Betriebsregisterauszug» vor. Darin steht: «keine Betriebsungen». Ein Viva-Insider erklärt: «Das ist ein gefälschter Auszug für Kunden!» Irgendwann habe aber ein misstrauischer Kunde beim Amt nachgefragt, dann sei der Schwindel aufgefliegen. Diesen Vorgang bestätigt Soller. Es sei sogar noch schlimmer. Und das habe mit einer Enthüllung des «Kassensturzes» zu tun.

DREI MONATE IN U-HAFT

Die SRF-Sendung beleuchtete 2022 die Rheintaler Photovoltaik-Firma Mons Solar und machte publik, dass etliche ihrer Kundinnen und Kunden sich über den Tisch gezogen fühlten. Es ging um aufdringliche Verkäufer, unehrliche Offerten und sehr viel Geld. Der Bericht stürzte Mons Solar in eine Krise, die anzudauern scheint. Im Juli strich die Firma 55 von 185 Stellen.

Auch David Z. wurde einst von Mons Solar entlassen. Allerdings unter ganz anderen Vorzeichen: Ihn holte die Polizei direkt auf dem Firmengelände ab und steckte ihn für drei Monate in Untersuchungshaft. Seine damalige Arbeitgeberin hatte ihn wegen Diebstahls angezeigt! Z. habe bei Mons Solar Material geklaut und damit seine Viva Solar aufgebaut, so der Verdacht. Ein Mons-Kadermann bestätigt auf Anfrage ein laufendes Verfahren. Es gilt die Unschuldsvermutung. Der Kader betont zudem, Mons habe sich nach dem «Kassensturz»-Knall «völlig neu aufgestellt».

Tatsächlich mussten etliche Verkäufer und Monteur die Mons verlassen. Gut für David Z. Er baute seine Firma fast ausschliesslich mit ehemaligen Mons-

Privat führt der Chef ein Leben in Saus und Braus.

Leuten auf. Dies aber nicht etwa am angeblichen Firmensitz in Sirnach TG. Dort hat die Viva nämlich nicht einmal einen Briefkasten, geschweige denn ein Büro. Das Geschäft läuft seit jeher in Balgach SG – und zwar offenbar nicht schlecht. Insider Soller sagt, Viva habe schon in den ersten Monaten Aufträge im Wert von vier Millionen Franken ergattert. Mit Billigpreisen, heisst es von Konkurrenzfirmen. Fakt ist: Swissolar, der schweizerische Fachverband für Solarenergie, hat Z. im Juni eine «letzte Verwarnung» geschickt. Das Schreiben liegt work vor. Moniert werden darin unter anderem «aggressives Verkaufsverhalten», «technische Mängel» und fehlende Sicherheitsgerüste bei Dacharbeiten. Aus dem Verband geflogen ist Viva Solar aber nicht. Auch sonst kann Z. offenbar munter weitermachen. Diesen Sommer hat er bereits drei neue GmbHs registriert. Und privat führt er ein Leben in Saus und Braus – mit Luxusuhren, einem grasgrünen Lamborghini Huracán und regelmässigen Wochenend-First-Class-Flügen durch halb Europa.

DIE SCHLINGE ZIEHT SICH ZU

Immerhin dürfte es bald vorbei sein mit der Gemütlichkeit. Denn die Unia-Arbeitslosenkasse hat gegen die Viva kürzlich Strafanzeige erstattet wegen Verletzung der Auskunftspflicht. Und am 8. Dezember muss sich Chef Z. vor dem Bezirksgericht Mönchwil behaupten. Der geprellte Ex-Monteur hat nämlich nicht lockergelassen, sondern mit Unia-Mann Auer das Gericht angerufen. Und schliesslich bestätigt auf Anfrage auch das Thurgauer Handelsregisteramt, man habe die Firma sehr wohl auf dem Schirm und auch Massnahmen ergriffen. Welche, will das Amt aber nicht sagen. work bleibt dran.

Rückzieher: Chef schwätzt – und schweigt dann doch

Am Telefon zeigte sich Viva-Solar-Chef David Z. äusserst gesprächig. Für jeden Vorwurf hatte er eine interessante Erklärung bereit. Doch dann konsultierte er seinen Anwalt – und der sah offenbar dunkelrot: In letzter Sekunde zog Z. seine gesamte Stellungnahme zurück.

* Name geändert bzw. bekannt

Streik bei Boeing

SEATTLE. Der amerikanische Flugzeug- und Rüstungskonzern Boeing offerierte eine Lohnerhöhung von 25 Prozent. Doch die Mitglieder der Gewerkschaft IAM lehnten dieses Angebot mit 96 Prozent der Stimmen ab. Seit Mitte September sind an der US-Westküste daher über 30 000 Boeing-Mitarbeitende im Streik. Sie fordern 40 Prozent mehr Lohn über die nächsten vier Jahre und die Wiedereinführung von Pensionsystemen. Nur so könnten die Einkommensverluste der letzten Jahre kompensiert werden. Der Konzern reagierte mit der Beurlaubung von Angestellten und mit einem Einstellungsstopp. Der letzte Streik bei Boeing im Jahr 2008 dauerte 57 Tage.

Massenentlassung bei TX und SRF

ZÜRICH. Ende August kündigte der Medien-, Werbe- und Vermarktungskonzern TX Group (ehemals Tamedia AG) die Schliessung von zwei Druckereien in Zürich und Lausanne an sowie die Entlassung von 200 Mitarbeitenden. Weitere 90 Personen werden in den Redaktionen geschasst. Dies vor dem Hintergrund rekordhoher Profite des Zürcher



PROTEST: Transpis vor dem Hauptsitz der TX Group in Zürich. FOTO: ESTHER BANZ

Konzerns. Über die letzten 15 Jahre machte die TX Group 2,2 Milliarden Franken Gewinn und zahlte 670 Millionen Franken Dividenden an das Aktionariat. Doch nicht nur bei den privaten Medienkonzernen geht der Kahlschlag weiter. Auch SRF baut 75 Vollzeitstellen ab und reduziert das Angebot unter anderem bei der «Tagesschau».

Sozialhilfe statt Berufsbildung

ZÜRICH. Vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Zürich sollten schneller Zugang zu Stipendien und Darlehen für ihre Ausbildung erhalten. Doch daraus wird nichts. 54 Prozent der Zürcher Stimmbewohner folgten den Nein-Parolen von SVP und FDP und lehnten eine Änderung des Bildungsgesetzes ab. Damit werden viele vorläufig aufgenommene Personen im Kanton Zürich weiterhin auf Sozialhilfe angewiesen sein und erst nach einer Wartezeit von fünf Jahren eine Berufsbildung mit Stipendium machen können.

Wahlwatsche für Kita-Chefin Bösch

BALGACH SG. Im Sanktgaller Rheintal gab's für Sarah Bösch (42) eine Wahlschlappe sondergleichen. Die umtriebige Ex-SVPlerin und Kita-Unternehmerin wollte Gemeindepräsidentin von Balgach werden. Doch von den 4200 Einwohnerinnen und Einwohnern haben ihr nur 78 das Vertrauen geschenkt. Im Juli hatte work publik gemacht, dass in Böschs St. Galler Kita «Hotelkrippe» beunruhigende Zustände herrschen. Mitarbeitende berichteten von schlechten Arbeitsbedingungen und stellten das Kindeswohl in Frage. Bösch engagierte darauf einen Experten für Krisenkommunikation. Dieser versuchte seine Mandantin via Ostschweizer Gratismedien reinzuwaschen.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Überstürzte Heimschliessung



NICHT MIT UNS: Arbeitnehmerinnen demonstrierten mit Unterstützung der Unia lautstark vor dem Altersheim in Colombier. FOTO: FRANÇOIS GRAF/STRATES YZ

Stellen Sie sich vor: Ihre Mutter ist im Altersheim. Da teilt Ihnen das Heim per eingeschriebenen Brief mit, der Betrieb werde eingestellt. Und zwar in 12 Tagen.

Genau so erging es am 19. August mehr als 20 Familien im Kanton Neuenburg, deren Angehörige im Heim «La Colombe» lebten. Wegen schwerer finanzieller Verluste schliesse das Heim in der Weinbaugemeinde Colombier per Ende Monat. Eine Lösung für die Bewohnerinnen und Bewohner bot die Heimleitung nicht an, die Arbeitsverträge der 25 Mitarbeitenden würden per Ende August aufgelöst.

Legal ist das alles nicht. Mit der überstürzten Schliessung bricht das Heim gleich stapelweise Gesetze und Verträge:

Es hat einen Leistungsauftrag mit dem Kanton. Kündigen kann es den nur mit einer Frist von sechs Monaten.

In Neuenburg gilt ein kantonaler Gesamtarbeitsvertrag für die Pflege. Ein Betrieb muss demnach eine solche Massenentlassung acht Monate im voraus ankündigen.

Die Arbeitsverträge haben ebenfalls eine Kündigungsfrist.

Bei einer Schliessung muss das Heim für alle Bewohnerinnen und Bewohner einen Platz in einer anderen Institution organisieren.

«La Colombe» tut nichts von all dem. Darauf greift der Kanton ein. Er entzieht dem Heim die Bewilligung und leistet Unterstützung, so dass sich für alle 23 Bewohnerinnen und Bewohner noch ein Wohnort findet.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/colombier)
rebrand.ly/colombier

Legal ist das alles nicht. Mit der überstürzten Schliessung bricht das Heim gleich stapelweise Gesetze und Verträge:

Es hat einen Leistungsauftrag mit dem Kanton. Kündigen kann es den nur mit einer Frist von sechs Monaten.

In Neuenburg gilt ein kantonaler Gesamtarbeitsvertrag für die Pflege. Ein Betrieb muss demnach eine solche Massenentlassung acht Monate im voraus ankündigen.

Die Arbeitsverträge haben ebenfalls eine Kündigungsfrist.

Bei einer Schliessung muss das Heim für alle Bewohnerinnen und Bewohner einen Platz in einer anderen Institution organisieren.

«La Colombe» tut nichts von all dem. Darauf greift der Kanton ein. Er entzieht dem Heim die Bewilligung und leistet Unterstützung, so dass sich für alle 23 Bewohnerinnen und Bewohner noch ein Wohnort findet.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/colombier)
rebrand.ly/colombier

Legal ist das alles nicht. Mit der überstürzten Schliessung bricht das Heim gleich stapelweise Gesetze und Verträge:

Es hat einen Leistungsauftrag mit dem Kanton. Kündigen kann es den nur mit einer Frist von sechs Monaten.

In Neuenburg gilt ein kantonaler Gesamtarbeitsvertrag für die Pflege. Ein Betrieb muss demnach eine solche Massenentlassung acht Monate im voraus ankündigen.

Die Arbeitsverträge haben ebenfalls eine Kündigungsfrist.

Bei einer Schliessung muss das Heim für alle Bewohnerinnen und Bewohner einen Platz in einer anderen Institution organisieren.

«La Colombe» tut nichts von all dem. Darauf greift der Kanton ein. Er entzieht dem Heim die Bewilligung und leistet Unterstützung, so dass sich für alle 23 Bewohnerinnen und Bewohner noch ein Wohnort findet.

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

Streik gegen die Game-Industrie

Hunderte Sprecherinnen und Sprecher für Computerspiele waren vorübergehend verstummt, weil sie von den Giganten der Spieleindustrie bessere Löhne und klare Regeln im Umgang mit künstlicher Intelligenz (KI) forderten. Der Stein des Anstosses: Die Videogamekonzerne wollten die Stimmen von Synchronsprechern und Motion-Capture-Künstlerinnen durch KI nachbilden und ohne ihre Zustimmung und ohne angemessene Entschädigung verwenden. Jetzt hat sich die Gewerkschaft SAG-AFTRA (Screen Actors Guild-American Federation of Television and Radio Artists) mit 80 Game-Firmen geeinigt. Die vorläufige Vereinbarung sieht unter anderem Lohnverbesserungen und Schutzmassnahmen gegen den «ausbeuterischen Einsatz» von künstlicher Intelligenz vor.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/game-streik)
rebrand.ly/game-streik

Gewerkschaften fordern Rücktritt der Polizeidirektorin

Der 1. Mai 2023 blieb den rund 2000 Demonstrantinnen und Demonstranten in Basel in gewaltvoller Erinnerung. Mit Brutalomethoden griff die Polizei in die bewilligte und friedliche Kundgebung ein. Seither kämpfen die Basler Gewerkschaften mit über 60 Betroffenen um Gerechtigkeit. Und sie fordern eine professionelle und unabhängige Aufarbeitung des Polizeieinsatzes. Doch diese Forderung wird von den Behörden unter der Leitung von Regierungsrätin Stephanie Eymann (LDP) seit 15 Monaten ignoriert. Nun haben die Betroffenen



AUF ALLEN KANÄLEN: work ist in digitaler Form immer präsenter, neu auch mit Videos und einem Tiktok-Channel. GRAFIK: JUN

work goes Tiktok

work ist dank der neuen Digital-Redaktorin Julia Neukomm und dem neuen Digital-Team viel bewegter und digitaler unterwegs. Neben der verstärkten Präsenz im Web, auf Tiktok und Instagram gibt es jetzt auch zahlreiche neue Videos auf der work-Website: Entdecken Sie die work-Redaktion und ihre Demoschilder, Interviews zum Thema «faire Entlohnung», Tipps für Lernende oder

genug. In einer Medienmitteilung vom 28. August fordert der Gewerkschaftsbund beider Basel den sofortigen Rücktritt Eymanns. Ihre «Untätigkeit und der Mangel an Verantwortung» seien nicht länger tragbar. Die Einwohner der Region Basel hätten ein Recht auf transparente und gerechte Verfahren sowie auf eine Polizei, die ihre demokratischen Grundrechte schützt, so der Gewerkschaftsbund. Ausserdem habe die Basler Polizei – trotz anderslautenden Versprechungen – noch immer keine Feststellungsverfügungen erlassen. Und ohne

auch das animierte Erklärvideo zum Thema Lohn. Denn was ist eigentlich Lohn? Warum müssen sich Arbeitnehmende organisieren, und wie bringen Gewerkschaften einen grösseren Anteil des Mehrwerts, den die Unternehmen erwirtschaften, auf das Konto der Búezerinnen und Búezer?

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/work-videos)
rebrand.ly/work-videos

solche Verfügungen könnten die Geschädigten keine weiteren juristischen Schritte einleiten.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/eymann)
rebrand.ly/eymann

Milo-Komitee prüft Klage gegen die Stadt Bern!

Die Berner Stadtregierung reagiert auf das mysteriöse Verschwinden

von 1600 Unterschriften für die Mindestlohn-Initiative. Sie hat entschieden, die Sammelfrist vom 1. November 2024 auf den 15. Januar 2025 zu verlängern. Das Initiativkomitee hatte verlangt, die 1600 Unterschriften seien für gültig zu erklären. Da die Stadt dem nun nicht nachkommt, prüft das Komitee eine Staatshaftungsklage. Der entstandene Schaden für die Initiative und die direkte Demokratie werde mit der Fristverlängerung allein bei weitem nicht ausgeglichen. Alle Berner Stimmberechtigten sind aufgerufen, die Initiative erneut zu unterzeichnen.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/verlust)
rebrand.ly/verlust

Trotz Bauboom: Baumeister bocken bei den Löhnen

Vor dem Hintergrund des historischen Baubooms und gleichzeitig rückläufiger Reallöhne starteten am 3. September die Lohnverhandlungen zwischen den Gewerkschaften Unia und Syna sowie dem Schweizerischen Baumeisterverband (SBV). Liest man jedoch die SBV-Pressemitteilung dazu, könnte man meinen, die Baufirmen stünden kurz vor dem Bankrott: Sein «Handlungsspielraum für kollektive Massnahmen», behauptet der SBV, erscheine «aktuell noch eingeschränkter als in den Vorjahren». Nachdem die Baumeister schon 2023 die Verhandlungen platzen liessen und eine Nullrunde durchgedrückt haben, stellen sie auch dieses Jahr eine generelle Lohnerhöhung in Frage.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/bauboom)
rebrand.ly/bauboom

Von den Eltern misshandelt und gedemütigt

«Meine Mutter war wie eine Doppelagentin»



ZUFLUCHT: Rund 50 Mädchen und junge Frauen finden jedes Jahr Schutz im einzigen Mädchenhaus der Deutschschweiz, so wie die junge Frau im Bild.

Als die Eltern erfahren, dass Nora Fischer* eine lesbische Beziehung hat, rasten sie aus. Über Monate beleidigen und schlagen sie ihre minderjährige Tochter und kontrollieren sie auf Schritt und Tritt. Bis diese ins Mädchenhaus flüchtet. Das ist ihre Geschichte:

«Meine Eltern waren schon immer eher streng. Schlimm wurde es aber erst, als sie erfuhren, dass ich mit einem Mädchen in einer Beziehung bin. In ihren Augen war das eine Schande für die Familie. Ab da haben sie mich konstant beleidigt, beschimpft und angeschrien. Mein Vater hat mich auch geschlagen. Manchmal so stark, dass ich Verletzungen davontrug. Sie wollten mir verbieten, meine Freundin zu treffen, ja sogar je wieder mit ihr zu sprechen. Daran habe ich mich nicht gehalten. Ich wusste immer, dass die Beziehung zu meiner Freundin etwas Gutes ist.

PARANOID. Von da an hatte ich Paranoia, dass sie mein Handy durchsuchen. Gemeinsam mit meiner Freundin habe ich das Handy 'gesäubert' und viele Fotos gelöscht. Das finde ich bis heute sehr schade, dass ich all diese Erinnerungen nicht mehr habe. Meine Eltern liessen mir immer weniger Freiheiten und begannen, mich sehr stark zu kontrollieren. Ich durfte am Wochenende gar nicht mehr raus, nach der Schule nur sehr selten ein

* Zum Schutz der jungen Frau hat work ihren Namen geändert und nennt auch Alter und Art der Ausbildung nicht. Damit soll verhindert werden, dass ihre Eltern oder Verwandte sie erkennen und versuchen könnten, wieder Kontrolle über sie zu erlangen.

wenig draussen bleiben. Sie überprüften konstant den Standort meines Handys. Wenn sie mit meinem Aufenthaltsort nicht zufrieden waren, riefen sie mich dauernd an. Ich musste daher auch die Schule schwänzen, um Termine wahrzunehmen, etwa mit dem schulpsychologischen Dienst. Termine ausserhalb der Schulzeit hätten meine Eltern bemerkt.

VERRATEN. Sie glaubten mir nicht mehr, auch wenn ich Sachen zugab, und ich glaubte ihnen auch nicht mehr. Jede Sekunde, die sie mit mir hatten, war wütend. Sie drohten mir sogar, mich aus der Ausbildung zu nehmen. Die Auseinandersetzung war meistens mit meiner Mutter, aber immer mit der Angst, dass der Vater bald nach Hause kommt. Die Mutter war wie eine Doppelagentin. Wenn mich mein Vater schlug, hat sie immer so getan, als würde sie mich schützen. Gleichzeitig war sie aber auf der Seite meines Vaters und hat mich bei ihm verraten. Das ging fast ein Jahr so. Ich habe öfter mit Freundinnen und Freunden darüber gesprochen, dass ich weg wollte. Doch ich wartete immer weiter ab, wie es zu Hause weitergeht. Bis an dem Tag, als ich fragte, ob ich nach der Schule noch draussen bleiben dürfte. Sie erlaubten es nicht und schickten Sprachnachrichten mit Beleidigungen, dass ich nutzlos sei und so Sachen. In diesem Moment habe ich entschieden, dass ich von zu Hause weggehe, weil es sonst immer so weitergehen würde.

TRAURIG. Ich rief im Mädchenhaus an (siehe Artikel unten, Red.), und als ein Platz frei wurde, zog ich hier ein. Traurig war ich nur wegen meiner Geschwister, weil ich die nicht mehr sehen würde. Denn ich wusste, dass

ich nicht wieder nach Hause gehen werde. Auch heute will ich das nicht. Meine Eltern wissen nur, dass ich an einem sicheren Ort bin – aber nicht, wo. Ich vermisse zwar die Idee einer Familie – aber so, wie sich meine Eltern verhalten haben, das vermisse ich nicht. Seit ich im Mädchenhaus bin, ist mein Leben besser geworden. Ruhiger. Ich kann wieder Leute treffen, ohne dass jemand meinen Standort überwacht. Ich muss mir keine Sorgen mehr machen, dass meine Eltern jeden Moment vorbeikommen können. Und vor allem: Wenn ich zurückkomme, stellt niemand in Frage, wo ich war. Und ich esse wieder viel mehr! Vorher habe ich viel Gewicht verloren, weil mein Appetit komplett weg war.

SELBSTÄNDIG. Ich muss jetzt schauen, wie es weitergeht. Die Ausbildung konnte ich auch vom Mädchenhaus aus fortsetzen. In ein paar Wochen werde ich von hier ausziehen, zusammen mit meiner Betreuerin besichtige ich derzeit verschiedene Wohngruppen. Ich bin zwar noch ein Teenager, aber ich muss es jetzt selbst auf die Reihe kriegen. Und ich finde es gut, dass ich die Entscheidungen treffe. Ich bin wahrscheinlich ein wenig früher selbstständig als andere. Nicht finanziell, aber emotional. Und das will ich bleiben, mit der Zeit auch finanziell. Meine Freundin und ich suchen derzeit einen Nebenjob. Vor allem will ich die Ausbildung abschliessen. Und später höchstwahrscheinlich studieren. Was, weiss ich noch nicht.»

BEARBEITET VON CHRISTIAN EGG



ILLU: NINOTCHKA.CH

Laura und die sexuelle Belästigung

Seit zwanzig Jahren bin ich im Verkauf und habe einiges an sexueller Belästigung von Kunden und Arbeitskollegen erlebt. Eine Geschichte hat mich besonders geprägt.

GRÜSEL. Sie ist gar nicht so lange her, ich war neu in der Filiale und wollte unbedingt einen guten Eindruck machen. Da war ein viel jüngerer Arbeitskollege, und der machte von Anfang an sexistische Sprüche. Meine Aufforderungen, damit aufzuhören, hat er ignoriert. Er kam mir mehrmals zu nah. Das



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

war sehr, sehr unangenehm für mich. Ich schaute oft die neuen Pläne an und hoffte inständig, dass wir nicht die gleiche Schicht haben. Ich war auch nicht die einzige, musste ich feststellen. Jede im Laden, auch unsere Kundinnen, mussten sein Benehmen ertragen. Ich war schockiert und sehr unsicher, wie ich damit umgehen sollte. Auch war mir nicht klar, an wen ich mich intern wenden sollte. Gab es eine Anlaufstelle? Ich hatte keine Ahnung.

Belästigung genauso ernst nehmen wie die Kühlkette.

war mir nicht klar, an wen ich mich intern wenden sollte. Gab es eine Anlaufstelle? Ich hatte keine Ahnung.

UNGENÜGEND. Weil ich die Neue im Team war, brauchte ich sehr viel Überwindung, doch dann habe ich meiner Chefin alles erzählt. Von ihr kam aber keine Unterstützung, obwohl auch sie wusste, dass er so «tickte». Aus Personalmangel und Angst vor Konflikten machte sie nichts. In meinem privaten Umfeld erzählte ich die Situationen. Nach dem Kopfschütteln kamen lediglich Ratschläge, wie ICH mich zu verhalten hätte: aus dem Weg gehen, nicht auffällig sein oder eine neue Anstellung suchen. Das gehe vorüber. Nach ein paar Monaten musste dieser Mitarbeiter die Filiale verlassen, aber nicht wegen sexueller Belästigung. Wir hatten danach unsere Ruhe, und das Thema war damit gegessen.

KÜHLKETTE. Bis ich wieder mal eine Schulung machen musste. Thema: Kühlkette einhalten, jawohl. Temperatur kontrollieren, jawohl. Diese Schulung müssen wir mehrmals im Jahr machen. Da wurde ich sauer. Und fragte mich: Warum kann das Unternehmen nicht eine Schulung zu sexueller Belästigung machen? Als Pflicht für alle? Ich habe meine Gedanken dazu später der Unia kommuniziert. Danach hat mein Unternehmen einen kleinen Flyer in jeder Verkaufsstelle verteilt. Das Papierchen war vielleicht fünf Minuten bei uns im Umlauf, ich fand das lächerlich. Die Unia wiederum bietet Workshops an und geht aktiv in die Läden und Restaurants, thematisiert das vor Ort. Sie steht dafür ein, dass der Arbeitsplatz eine belästigungsfreie Zone ist. Bei einer Umfrage der Unia im Gastrobereich gaben drei Viertel der Befragten an, dass sie keine Hilfe der Chefs bekommen hätten. Von den Unternehmen fordere ich, dass sie das Thema sexualisierte Gewalt genauso ernst nehmen wie die Einhaltung der Kühlkette.

30 Jahre Mädchenhaus: Die Schweiz schützt Mädchen und Frauen zu wenig

«Viele müssen zu Hause bleiben»

Immer mehr Mädchen und junge Frauen werden zu Hause Opfer von Gewalt. Doch zu ihrem Schutz gibt es heute gleich wenig Plätze wie vor 30 Jahren. Nämlich nur gerade sieben.

CHRISTIAN EGG

Die Adresse ist geheim. Nur so kann das Mädchenhaus seine wichtigste Aufgabe erfüllen: Mädchen und junge Frauen zwischen 14 und 20 Jahren vor der Gewalt zu schützen, die ihnen die Eltern oder andere Verwandte angetan haben.

Das Haus in Zürich feiert dieses Jahr sein 30jähriges Bestehen. Jedes Jahr bietet es rund 50 Gewaltopfern Unterschlupf sowie Perspektiven für ein gewaltfreies Leben. Doch leider, sagt die Leiterin Maria Mondaca im Gespräch mit work, reiche dieses

Angebot bei weitem nicht aus. Denn noch heute ist das Mädchenhaus mit seinen sieben Plätzen das einzige in der Schweiz. Obwohl die Zahl der Betroffenen Jahr für Jahr steigt: Gab es vor zehn Jahren laut offizieller Statistik 683 Opfer von häuslicher Gewalt unter 18 Jahren, so waren es im vergangenen Jahr 1051, also fast drei pro Tag.

«KEIN PLATZ, TUT UNS LEID»

Das Mädchenhaus ist rund um die Uhr telefonisch erreichbar. Und erhält laut Mondaca viel mehr Anfragen, als es Plätze hat: «Wir müssen eine Triage machen.» Wenn das Haus keinen Platz anbieten kann, übernimmt das Team zwar die Suche nach anderen Hilfsangeboten. «Aber viele müssen zu Hause bleiben, wo sie der Gewalt ausgesetzt sind. Das ist bitter.» Es bräuchte, so Mondaca, deutlich

mehr als nur ein Mädchenhaus. «In Deutschland gibt es in jedem Bundesland vier bis fünf Anlaufstellen extra für junge Frauen!» Eine Studie des eidgenössischen Gleichstellungsbüros stellte 2022 fest: Es braucht in der Schweiz «mindestens 10 bis maximal 40» zusätzliche Schutzplätze für Mädchen und junge Frauen, also zwei bis sechs neue Unterkünfte.

SCHWEIZ VERLETZT IHRE PFLICHT

Die Schweiz hat 2017 die Istanbul-Konvention des Europarats unterzeichnet. Dadurch ist sie verpflichtet, genügend Schutzplätze für Opfer von häuslicher Gewalt bereitzustellen. Doch sieben Jahre später



Maria Mondaca.

FOTO: CHE

ist die Zahl der Plätze für Mädchen gleich tief wie damals. Ungenügend ist auch der Schutz von erwachsenen Opfern: Die Kapazität der Frauenhäuser ist nur ein Viertel dessen, was die Konvention verlangt (work berichtete: rebrand.ly/femizide).

Doch anstatt die Kantone auf konkrete Projekte für neue Häuser zu verpflichten, will der Bundesrat derzeit eine «Evaluation» der Kantone abwarten. Mondaca kritisiert: «Offensichtlich hat in der Politik ein gewaltfreies Leben für Frauen keine Priorität. Nicht mal für Kinder! Das ist tragisch.»

maedchenhaus.ch, Tel. 044 341 49 45 (rund um die Uhr)

Stromkonzern Alpiq Austritt aus Atom-Fanclub

Weil die Economiesuisse-Ideologen den atomrückfälligen Bundesrat feiern, tritt der Stromkonzern Alpiq aus dem Wirtschaftsdachverband aus. Und spart sich 100 000 Franken pro Jahr.

CLEMENS STUDER

Der Bundesrat hat im August entschieden, dass er das Bauverbot neuer Atomkraftwerke aufheben will. Dies als eifertige Umsetzung der Blackout-Initiative, die er offiziell ablehnt. Einer Initiative, bei der für immer ungewiss bleiben wird, ob sie nur dank gekauften, gefälschten Unterschriften formell zustande gekommen ist. Die Blackout-Initiative lanciert und eingereicht hat ein Energieclub Schweiz. Das ist ein Verein von vielen Alt-Atom-

Economiesuisse feiert den atomrückfälligen Bundesrat.

freunden und einigen Jung-SVPlern. Seine Finanzierung ist intransparent, aber knapp ist das Geld jedenfalls nicht. Pro Unterschrift bezahlte der Energieclub bis zu 7.50 Franken. Beauftragt war auch die Firma Incop aus der Waadtländer Kantonshauptstadt Lausanne. Gegen die Incop laufen unterdessen Ermittlungen wegen



AKW-FANBOY: Energieminister Albert Rösti. FOTO: KEYSTONE

Wahlfälschung. Von den 125 830 gültig erklärten Unterschriften für die Blackout-Initiative stammen 35 164 Unterschriften aus dem Kanton Waadt. Diesen und anderen Merkwürdigkeiten will der Bundesrat nicht nachgehen.

ES RENTIERT NICHT. Ebenfalls nicht nachgehen wollen die Schweizer Energiekonzerne dem Bau von neuen Atomkraftwerken. Aus ganz pragmatischen kapitalistischen Gründen: Strom aus neuen Atomkraftwerken ist zu teuer. Nicht nur in der Schweiz. Sondern weltweit. Ausser der Staat finanziert sie.

Zu den ersten, die den bundesrätlichen AKW-Rückfall bejubelten, gehörte der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Das mag erstaunen, wenn man dessen notorische Abneigung gegen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft berücksichtigt. Doch auch hier setzten sich bei der Economiesuisse die Ideologen durch. Einmal zu viel für den Energiekonzern Alpiq, unter anderem Mit-eigentümer der AKW Gösgen und Leibstadt. Der spart sich seinen sechsstelligen Mitgliederbeitrag ab nächstem Jahr. Und konzentriert sich auf den «Dachverband der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, AEE Suisse». Die AEE Suisse setzt sich ein für eine «beschleunigte Umsetzung der Energiestrategie 2050».

Gossau SG: Trotz Schwarzarbeit-Verdacht keine Inspektion

Kapitulation der Kontrolleure

Auf der Prestigebaustelle der Stadt Gossau SG machen Eisenleger einer vorbelasteten Firma verdächtige Aussagen. Die Unia alarmiert sofort den Kanton – doch der lässt sich Zeit.

JONAS KOMPOSCH

Ein neues Hallenbad, Fussballplätze und modernste Sportanlagen – das stampft die Stadt Gossau SG derzeit auf fast 97 000 Quadratmetern aus dem Boden. Kostenprognose: gut 65 Millionen Franken, 9 Millionen mehr, als von der Bevölkerung bewilligt. Der Kostendruck ist also hoch – möglicherweise zu hoch, wie ein aktueller Verdacht befürchten lässt. Auf der Grossbaustelle beständigen nämlich mehrere Arbeiter eine Visite von GAV-Kontrolleuren Ende August. Im Fokus seien die Eisenleger gestanden. Ein Maurer, der die Szene beobachtet hat, sagt: «Bei ihnen schien etwas nicht zu stimmen. Es hiess, sie würden ihre Arbeitszeiten nicht erfassen, zu wenig Reisespesen erhalten und teils seit mehreren Wochen auf Probe arbeiten.»

Wochenlanges Arbeiten «auf Probe»? Für die St. Galler Unia-Sekretärin Danijela Dragevic ein klares Warnsignal. Sie sagt: «Alles, was über einen Probetag hinausgeht, ist absolut unüblich. Die Betroffenen riskieren, am Ende ohne einen Franken dazustehen.» Dragevic wollte es genau wissen. Doch in der Eisenleger-Baracke staunte sie nicht schlecht.

Als sie die Baracke betrat, hätten zwei von vier Arbeitern sofort auf sie eingeredet. Und zwar, noch bevor sie diesen eine Frage gestellt habe. «Sie sagten immer wieder, wie super ihre Firma sei und dass alles sauber ablaufe.» Dragevic war alles andere als beruhigt. Denn sie weiss: «Wer so reagiert, hat meistens etwas zu verbergen.» Und noch etwas schien ihr seltsam: «Geredet haben nur zwei Eisenleger, die anderen beiden sasssen nur da und verstanden kein Wort.» Für Dragevic war jedenfalls klar, dass hier eine Schwarzarbeitskontrolle nötig ist.

KANTON SPART BEI KONTROLLEUREN

Gewerkschaften dürfen und können solche Kontrollen nicht selber machen. Also meldete die Unia die Sache beim zuständigen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) des Kantons St. Gallen. Seither sind mehrere Wochen vergangen. Doch geschehen ist: wenig bis nichts. Das AWA schreibt auf Anfrage, es habe auf der Baustelle schon vor der Unia-Meldung einen «Augenschein» vorgenommen und dabei «keine Unregelmässigkeiten» festgestellt. Und: Aufgrund der Dimensionen der Baustelle sei man zum Schluss gekommen, «dass eine erneute Kontrolle durch einen einzelnen AWA-Mitarbeiter ohne Beizug von Partnern nicht zielführend und somit kontraproduktiv wäre». Allerdings habe man die Kantonspolizei informiert. Wann diese eine Kontrolle durchführe, könne aus taktischen Gründen nicht mitgeteilt werden.

«Unfassbar», findet Florian Kobler, Unia-Mann und Gossauer Stadtparlamentarier. Gemeldeten Verdachtsfällen müsse immer sofort nachgegangen werden. Denn: «Je mehr Zeit verstreicht, desto einfacher können Beweise vernichtet und Mitarbeitende



EISENLEGER IM FOKUS: Die Unia hat alarmierende Signale von der Grossbaustelle in Gossau, doch der Kanton handelt nicht. SYMBOLBILD: GETTY IMAGES

verschoben werden.» Und schliesslich würden mit Schwarzarbeit nicht nur die betroffenen Arbeiter betrogen, sondern immer auch die öffentliche Hand. In der Verantwortung sieht Kobler die Regierung: «Der Kanton St. Gallen leistet sich gerade mal zwei Schwarzarbeitsinspektoren, das ist der zweitiefste Wert der Schweiz und reicht ganz offensichtlich nicht.»

FIRMA MIT SÜNDEREGISTER

Allerdings bestreitet der Inhaber der fraglichen Eisenlegerfirma auf Anfrage alle Vorwürfe. Er könne alles sauber belegen. Und auf der Firmenwebsite heisst es: «Für uns ist die Einhaltung des Landesmantelvertrags und der gesetzlichen Vorschriften eine Selbstverständlichkeit.»

Fakt ist aber: 2021 wurde die Firma mit Sitz im Kanton Schwyz nachweislich der GAV-Verletzung

überführt. Der Chef bestätigt «kleinere Fehler», die er aber anstandslos nachbezahlt habe. Allerdings fiel er schon 2022 erneut mit Lohnverstössen auf. Auf der skandalumwitterten Grossbaustelle «Bella Vista» in Neuenburg mussten seine bulgarischen Arbeiter regelmässig fast 50 Stunden pro Woche chrampfen, teils zu Bruttolöhnen von 4000 Franken. So zumindest berichteten es diese gegenüber den Inspektoren des Neuenburger Baukontrollvereins ANCTT. Diese fanden auch heraus, dass Beiträge an die Stiftung für den flexiblen Altersrücktritt (FAR) fehlten. Die Eisenlegerfirma fungierte damals als eines von fünfzehn Subunternehmern aus zehn verschiedenen Kantonen. Lokale Unternehmen liessen tunlichst die Finger von der Dumping-Baustelle. Der Auftraggeber, eine Baufirma aus dem Appenzellerland, ist inzwischen konkurs.

Sexuelle Belästigung bei den SBB: 1400 Personen sind betroffen

«Das Ausmass hat die Chefetage überrumpelt»

Eine interne Umfrage bei den SBB deckt 1400 Fälle von sexueller Belästigung auf. Für Hanny Weissmüller, oberste Lokführerin der Schweiz, keine Überraschung.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Eine unter Verschluss gehaltene interne Umfrage zu Diskriminierung, Mobbing und sexueller Belästigung bei den SBB gelangte in die Finger des «Sonntagsblicks». Dieser berichtete Anfang September von erschütternden

«Für junge Frauen ist es teilweise sehr schwierig.»

HANNY WEISSMÜLLER, OBERSTE LOKFÜHRERIN

den Ergebnissen: In den vergangenen zwei Jahren haben zwölf Prozent der Befragten Diskriminierung erlebt, sieben Prozent Mobbing, und vier Prozent berichten von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. In einer Medienmitteilung rechtfertigt die SBB die Ergebnisse damit, dass sie mit nationalen und internationalen Studien vergleichbar seien und die Gesellschaft widerspiegeln.

Hanny Weissmüller (51), oberste Lokführerin der Schweiz (work berichtete: rebrand.ly/Lokfuehrerin), sagt zu work: «Überrascht bin ich von diesen Umfrageergebnissen grundsätzlich nicht. Aber dass 1400 Personen im Betrieb von sexueller Belästigung betroffen sind – dieses Ausmass hat mich schockiert.» Das Ausmass habe auch die Chefetage überrumpelt. Um die Betroffenen genügend zu unterstützen, müsse der interne Sozial-



WILL VERÄNDERUNG: Gewerkschafterin Hanny Weissmüller. FOTO: FLORIAN BACHMANN

dienst der SBB jetzt dringend ausgebaut werden.

RADIKALER KULTURWANDEL

Weissmüller berichtet von Einzelfällen, die ihr bekannt waren. «Gerade im Führerstand arbeiten wir sehr nahe beieinander», so Weissmüller. Sie kenne auch einige Berufskolleginnen, die bei Billettkontrollen von Fahrgästen begripscht wurden. Doch die Umfrage macht deutlich: Nicht nur unterwegs, sondern auch in den Büros findet man diese Problematik.

Zeugin von gröberen Übergriffen war Weissmüller nicht, hingegen weiss sie von vielen sexistischen Bemerkungen oder Witzen. Sie sagt: «Ich arbeite schon viele Jahre in ei-

nem männerdominierten Arbeitsumfeld. Doch für junge Frauen, die ihre ersten Arbeitserfahrungen in der Verkehrsbranche machen, ist es teilweise sehr schwierig. Sie werden oft sexualisiert und wissen noch nicht, wie sie sich wehren können.»

Unter den Mitarbeitenden herrsche Verunsicherung: Wie muss ich mich bei Übergriffen verhalten? Wie kann ich mich wehren, ohne die eigene Position zu gefährden? Und ganz konkret: Können in Zukunft zwei Personen gemeinsam im Führerstand arbeiten?

Doch es besteht Hoffnung auf einen Kulturwandel. Die Babyboomer-Generationen geht bald in Rente. «Damit wird es bei den SBB auf einen Schlag zu vielen Pensionierungen kommen und eine Chance für eine radikale Veränderung in der Arbeits- und Führungskultur geben», sagt Weissmüller.

GRÜNE KRITISIEREN SBB

Die grünen Parlamentarierinnen Sibel Arslan, Florence Brenzikofer und Katharina Prelicz-Huber kritisieren die Geheimnistuerei der SBB rund um diese Umfrage scharf. Gemeinsam fordern die Politikerinnen vom Bundesrat Antworten auf dringende Fragen. Unter anderem, wie der Bundesrat den Entscheid der SBB, die Details aus der Umfrage unter Verschluss zu halten, wertet. Oder ob die Ergebnisse wirklich mit nationalen und internationalen Studien vergleichbar seien. Sie haben die Fragen am 18. September eingereicht, und diese werden in den kommenden Tagen im Bundeshaus behandelt.

GAV-Verhandlungen: Dicke Luft bei den Bählern

Was beim deutschen Bahnpersonal fast schon zur Normalität gehört, ist in der Schweiz seit dem Landesstreik 1918 nicht mehr passiert: ein Streik der Bählerninnen und Bählern. Im Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der SBB gibt es eine klare Klausel: absolute Friedenspflicht.

DROHUNG: Doch aktuell wird der neue GAV verhandelt – und es herrscht dicke Luft zwischen den Vertragspartnern. Der Knackpunkt bei den Verhandlungen: die Arbeitszeiten. Das Ziel der Gewerkschaften SEV, VSLF, Transfair und KVÖV war es, den gültigen Vertrag mit den SBB und mit SBB Cargo zu verlängern. Doch die Arbeitgeberseite mauert. Der GAV kann aus ihrer Sicht nur verlängert werden, wenn die bereichsspezifischen Arbeitszeitregelungen (BAR) aus dem GAV losgelöst werden. In dieser Forderung schwingt die Drohung der SBB mit, aus dem GAV auszusteigen, ist der SEV überzeugt. Das wäre fatal, sagt auch Patrick Kummer, SEV-Vizepräsident: «Die Kündigung des GAV wäre ein maximales schlechtes Zeichen an das Personal, das zu massiver Verunsicherung führen würde. Die Tatsache, dass dieses Szenario seitens SBB überhaupt gedacht und uns so mitgeteilt wird, ist überaus bedenklich.» Bis zum Redaktionsschluss dieser work-Ausgabe (24.9.) konnten sich die Parteien nicht einigen. (dak)

15 000 Menschen auf Berns Strassen fordern: Es ist höchste Zeit für mehr Lohn!



Wem es bisher noch nicht aufgefallen war, merkte es allerspätestens am 21. September auf dem Bundesplatz: Die Búezerinnen und Búezer sind bereit! Sonnenklar und mächtig haben sie an der grossen Lohn-Demo der Gewerkschaften gezeigt, dass sie sich nicht mit Brösmeli abpeisen lassen. Zumal Teuerung, Mieten und Prämien Riesenlöcher in die Portemonnaies fressen. Deshalb ist es höchste Zeit für höhere Löhne!

Und alle waren sie da: die Bauleute und Malerinnen, die Gärtnerinnen und Gipser, Verkäuferinnen und Bähner, Pflegende, Holzige und viele, viele mehr. Von Lugano bis Zürich, von Genf bis St. Gallen, von Basel bis Brig reisten sie nach Bern, mit Trommeln, Handörgeli oder Megaphon. Und piffen den Arbeitgebern tüchtig den Marsch!



UMDENKEN. Für Coop-Verkäuferin Snježana Cvetanović war es die erste Demo. Sie ging auf die Strasse für mehr Lohn, mehr Wertschätzung und weniger Druck. Sie verdient bei einem 100-Prozent-Pensum brutto 4420 Franken. Und das nach 21 Dienstjahren! Cvetanović sagt klipp und klar:



Ihr Lohn und der ihrer Kolleginnen «reicht hinten und vorne nicht aus! Wir sind im Jahr 2024, da sollte es ein Umdenken geben!» Auch Kathrin Meano war mit von der Partie, weil es sie hässig macht, dass die «hohen Tiere» so viel mehr verdienen. Und: «Sie sparen am falschen Ort. Sie beuten die Leute aus, es ist wie moderne Sklaverei.» Sie fordert, dass alle ihre Kolleginnen und Kollegen einen anständigen Lohn für ihre Arbeit erhalten. Angst vor ihren Chefs hatte sie nicht. «Ich hoffe, dass sie sehen, dass wir bereit sind, aufzustehen und zu sagen, dass wir Gerechtigkeit wollen. All for one, one for all!»



SINKFLUG. Seit 2021 befinden sich die Löhne in der Schweiz im Sinkflug. Das gab es seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie. Und dies, obwohl es den Unternehmen gut geht. Deshalb fordert die Unia Lohnerhöhungen im Bereich von 5 Prozent. Und es braucht endlich anständige Mindestlöhne: Kein Lohn unter 4500 Franken und nicht unter 5000 Franken mit abgeschlossener Berufsausbildung.

Unia-Präsidentin Vanja Alleva sagt: «Wir erwarten bei den Lohnverhandlungen im Herbst substantielle und generelle Lohnerhöhungen. Mit Peanuts geben wir uns nicht zufrieden! Es ist dringend notwendig und für viele Menschen schlichtweg lebenswichtig, dass die Löhne real steigen.» (asz)



FOTO: LUCAS DUBUIS / WORK-REDAKTION

Arbeitsunfälle vermiesen die Freizeit. Schütz dich.

Was du für
mehr Sicherheit
tun kannst:
suva.ch/sicherheit

Das Leben ist schön, solange nichts passiert.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS
www.ekas.ch

suva

NIMMT'S DEN ARMEN, GIBT'S DEN REICHEN:
Finanzministerin Karin Keller-Sutter kürzt die
Bundesfinanzen auf Kosten derer, die sonst
schon nicht viel haben. FOTO: KEYSTONE



Karin Keller-Sutter spielt hart gegen den sozialen Staat

Klassenkampf von oben via Bundesbudget

Die harte rechte Mehrheit im Bundesrat spielt ihre ungerechtfertigte Macht ungeniert aus. Die rechte Parlamentsmehrheit macht trotz regelmässigen Volks-Ohrfeigen freudig mit. Die fortschrittlichen Kräfte stehen vor einer weiteren Legislatur mit vielen Referenden.

CLEMENS STUDER

Die Neoliberalen haben eine Mission. Und die heisst: Nachtwächterstaat. Der Staat soll mit militärischen und polizeilichen Mitteln das Privateigentum schützen. Und ansonsten «die unsichtbare Hand des Marktes» wirken lassen. Sozialer Ausgleich ist ihnen ein Graus. Sozialversicherungen gelten ihnen als Übel. Die bürgerlichen Politikerinnen und Politiker im nationalen Parlament würden das öffentlich so nie sagen. Aber sie handeln danach. Ihre mächtigste Waffe sind die Finanzen. Wer dem Staat Geld wegnimmt, hindert ihn daran, sich sozial zu verhalten.

STUEGERGESCHENKE AN SUPERREICHE

Die Herrin der Schweizer Bundesfinanzen ist FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Und sie betreibt das Geschäft der Staatsabwärtin gut. In der Rolle der besorgten Kassenwartin tingelt sie durch die Zürcher Zentralredaktionen und jammert über leere Kassen und anspruchsvolle Bürgerinnen und Bürger. Gefüttert und flankiert wird diese Tournee durch Zahlenmaterial aus marktradikalen Denkfabriken und von Milliarden betriebenen Uni-Instituten. Zentrale Botschaften: «Der Staat gibt zu viel aus. Er muss sparen.» Und: «Der Bund hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem.» Und: «Das Problem sind die Sozialausgaben.»

Doch das stimmt alles so nicht. Tatsache ist, dass der Bund in den vergangenen

Jahren die im internationalen Vergleich bereits extrem tiefe Schuldenquote weiter massiv gesenkt hat. Tatsache ist, dass die Sozialausgaben mit 12,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2022 (aktuellste verfügbare Zahlen) sogar tiefer waren als 20 Jahre davor. Tatsache ist auch, dass der Bund in den vergangenen Jahren Steuergeschenke in der Höhe von Hunderten Millionen an Superreiche und Konzerne verteilt hat. Und Tatsache ist, dass der Bund die Schuldenbremse nicht verfassungskonform anwendet.

Für Banken, Bauern und Panzer ist immer genug Geld da.

TRICK SCHULDENBREMSE

Die Schuldenbremse ist ein Lieblingskind der Marktradikalen. Sie funktioniert vereinfacht so: Macht der Bund finanziell vorwärts – entsprechend pessimistisch budgetieren hilft! –, müssen Überschüsse zwingend für den Schuldenabbau verwendet werden. Sie dürfen nicht in den Folgejahren investiert werden. Defizite hingegen müssen in den folgenden Jahren ausgeglichen werden. Weil das alles nicht auf den definitiven Rechnungsabschlüssen passiert – was der verfassungsmässige Sinn wäre –, sondern auf den Budgets, kann die bürgerliche Parlamentsmehrheit fortschrittliche Anliegen einfach bodigen. Folge: Die Schweiz hat zwar eine weltrekordtiefe Schuldenquote. Dafür zum Beispiel weder genügend bezahlbare Kita-Plätze noch ausreichend Prämienverbilligungen, noch investiert sie genügend in den ökosozialen Umbau. Für Banken, Bauern und Panzer ist dagegen immer genug Geld da. (Weiteres zu den Bundesfinanzen, zur Schuldenbremse und den Folgen der neoliberalen Finanzpolitik in Bund, Kantonen und Gemeinden im 1x1 der Wirtschaft auf Seite 16 und im work-Dossier vom vergangenen April: rebrand.ly/schuldenbremse und unter rebrand.ly/steuerbelastung.)

TRICK EXPERTENKOMMISSION

In den vergangenen Monaten hat Keller-Sutter diesen Klassenkampf von oben via Bundesbudget verschärft. Und sie will weiter kürzen bei den Witwen und Waisen, bei der

Arbeitslosenversicherung und bei der AHV. Weil das alles langsam, aber sicher ein bisschen arg durchschaubar wurde, hat sie sich eine Expertengruppe angeschnallt. Diese stand unter der Leitung des ehemaligen SGB-Chefökonom und Ex-Direktors der Bundesfinanzverwaltung Serge Gaillard und wurde mit einem Auftrag versehen, der so formuliert war, dass als Ergebnis gar nichts anderes als ein Abbaupaket herauskommen konnte.

Die wenigen darin formulierten Vorschläge für Mehreinnahmen ignorierte der Bundesrat in der Folge geflissentlich, ebenso die Vorschläge, die die Bauern und die Armee betrafen. Und stellte ein Kahl-schlagprogramm vor: Ausgaben für die AHV, für die Kinderbetreuung, die Entwicklungszusammenarbeit und den Klimaschutz werden zusammengestrichen. Zum Teil auch im Widerspruch zu klaren Volksentscheiden. Gelder für ökonomisch Schwache werden gestrichen, Investitionen in den Klimaschutz eingestellt. Reiche und Konzerne hingegen geschont. Ab Januar geht der bundesrätliche Sozialstaat-Schrottplan in die Vernehmlassung.

REFERENDUMS-LEGISLATUR

Wie locker das Geld den Rechten im Parlament sitzt, wenn es um die Interessen ihrer Sponsoren geht oder um die Armee, zeigt sich gerade in dieser Session wieder: Völlig ausser Kontrolle beschloss das Parlament vier Milliarden mehr für die Armee. So konzept- und planlos, dass selbst die bellizistisch ausgerichtete NZZ-Inlandredaktion von einem «Trauerspiel» schrieb. Doch das war nur ein Vorgeschmack darauf, was die rechte Mehrheit absehbar in den kommenden Monaten noch anrichten wird: sei es bei der AHV-Finanzierung, bei neuen Steuerschlupflöchern für Superreiche und Konzerne, bei der Profitsicherung der Immobilienhaie usw. Weil sich die GLP immer auf die Seite von FDP und SVP schlägt, wenn es darum geht, von unten nach oben umzuverteilen, und die Mehrheit der Mitte meist ebenfalls, stehen die fortschrittlichen Kräfte vor einer Referendumslegislatur. Das ist und wird anstrengend. Aber es wird nötig sein. Und grosse Erfolge wie am vergangenen Wochenende geben Energie.



la suisse existe
Jean Ziegler

NATO-BEITRITT DER SCHWEIZ?

Die Nato ist die nordatlantische Verteidigungsorganisation mit Sitz in Brüssel. Sie wurde am 4. April 1949 in Washington gegründet. Heute gehören ihr 32 Staaten an.

Ein Nato-Beitritt würde die helvetische Neutralität begraben.

1991 löste sich der Warschauer Pakt (die Verteidi-

gungsgemeinschaft der kommunistischen Staaten) auf, mit dem Verschwinden der Sowjetunion. Die Nato blieb bestehen.

HEFTIGER WIDERSTAND. Die Nato sorgt gegenwärtig für Zwist und Aufregung in Bern. Soeben hat ihr der Bundesrat erlaubt, einen regionalen Sitz in der Schweiz zu eröffnen. Dies stösst bei den Gewerkschaften, der SP sowie bei anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf heftigen Widerstand. Der Nato-Sitz soll in einem symbolträchtigen Gebäude eingerichtet werden: der «Maison de la Paix» an der Avenue de France in Genf. Seit dem bundesrätlichen Entscheid reissen die Proteste und Kundgebungen vor der «Maison de la Paix» nicht ab.

Warum will die Nato in die Schweiz? Genf ist das europäische Hauptquartier der Uno. Dort sind die wichtigsten Spezialorganisationen und Nichtregierungsorganisationen eingerichtet. Mit ihrem Genfer Büro erhofft sich die Nato grösseren Einfluss. Die Gegnerinnen und Gegner des Genfer Nato-Büros fürchten, dass dieses zu einem Schweizer Nato-Beitritt führen könnte. Wohl zu Recht.

MASSIVE AUFSTOCKUNG. Verteidigungsministerin Bundesrätin Viola Amherd hat eine Untersuchungskommission zur schweizerischen Sicherheitspolitik einberufen. Diese hat vergangenen Donnerstag ihren Bericht abgeliefert. Der Bericht begrüsst die Annäherung an die Nato und eine «Neudefinition» der Neutralität. Auch das Waffenexportverbot soll zukünftig in Frage gestellt werden. Der Kommissionsbericht stützt die Forderung der Armee auf eine massive Aufstockung der Militärausgaben. Das Ziel ist die Festlegung der Militärausgaben auf 1 Prozent des Bruttosozialprodukts. Das bedeutet eine Steigerung von 5 auf 8 Milliarden Rüstungsausgaben.

REINE FARCE. Das einzige sozialdemokratische Mitglied der Sicherheitskommission, Nationalrat Pierre-Alain Fridez, hat die Kommission aus Protest verlassen. Fridez hat gleichzeitig ein Buch veröffentlicht. Sein Titel «Russische Panzer werden die Schweiz nicht überfallen». Für Fridez ist der Kommissionsbericht eine reine Farce.

Wir stehen an einer Zeitenwende. Ein Nato-Beitritt würde die helvetische Neutralität begraben und unser Land für immer einer autonomen Aussenpolitik berauben. Der Kampf in Bern ist noch nicht entschieden. Von unserer aktiven Solidarität mit den Gewerkschaften und all den anderen Gegnern des schleichenden Nato-Beitritts hängt es ab, ob Neutralität und Vernunft schliesslich siegen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam im Frühling 2022 als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Kämpferische Malerinnen und Gipser an der Unia-Landsgemeinde

6-Tage-Woche: Nicht mit uns!

Über 100 Malerinnen und Gipser aus der ganzen Schweiz haben sich in Bern getroffen. Sie fordern einen neuen, zukunftsfähigen GAV. Und kämpfen gegen die von den Arbeitgebern geforderte 6-Tage-Woche.

IWAN SCHAUWECKER

«Ohne euch gibt es keine Wände und Decken», ruft Bruna Campanello, die Leiterin des Sektors Gewerbe bei der Unia, den versammelten Malern und Gipserinnen zu. Aus der ganzen Schweiz sind sie an diesem Samstagmorgen nach Bern gekommen. Maler Paul Filippow (31) und Gipser Simon Abdella (30) sind aus der

Die Lernenden sollen endlich dem GAV unterstellt werden.

Ostschweiz angereist. Abdella sagt: «Ich muss bereits heute oft sechs Tage pro Woche arbeiten, aber das geht eigentlich gar nicht!» Unter dem hohen Zeitdruck auf den Baustellen würden sie häufig zu Samstagsarbeit gezwungen, und dies ohne Lohnzuschlag. Die Arbeitgeber wollen die Arbeitswoche jetzt standardmässig auf sechs Tage ausdehnen.

150 LEHRSTELLEN UNBESETZT

Diese Forderung und die GAV-Verhandlungen sind das grosse Gesprächsthema an der Unia-Landsgemeinde. Über 2000 Maler und Gipserinnen haben im Vorfeld der Verhandlungen eine Petition unterschrieben: Sie fordern nicht nur mehr Lohn und mehr Ferien, sondern auch die Abschaffung der Gratisreisezeit und Samstagsarbeit nur mit Lohnzuschlag. Zudem sollen auch Lernende endlich dem GAV unterstellt werden und damit einen Mindestlohn und den Dreizehnten erhalten. Die Maler- und Gipserbranche ist das letzte Gewerbe, in der dies noch nicht der Fall ist. Wegen des mangelhaften GAV und der sich verschlechternden Arbeitsbedingungen wird die Branche auch beim Nachwuchs immer unbeliebter. 150 Lehrstellen blieben diesen Sommer unbesetzt, und mehr als ein Drittel der Lernenden brechen die Lehre ab.



VEREINT AN DER LANDSGEMEINDE: Maler und Gipserinnen aus der ganzen Schweiz haben in Bern ihren Forderungskatalog für die Arbeitgeber beschlossen. FOTO: ELISABETH FANNIN

Yelines Hofer (31) ist Malerin und für die Unia in der Delegation, die den neuen GAV in den nächsten Wochen mit den Arbeitgebern verhandelt. Sie sagt: «Die Maler- und Gipserbranche ist sehr rückständig: mit dem Lohn, mit den Ferientagen, mit allem.» Viele Malerinnen und Gipser würden sich nicht getrauen, sich gegen die Samstagsarbeit zu wehren. Eine Legalisierung der Samstagsarbeit im GAV würde zu noch mehr Zwang führen. Sie hat auch kein Verständnis für das rituelle Klagen der Arbeitgeber in den Verhandlungen: «Solange die Arbeitgeber am Ende des Jahres noch zehn Immobilien kaufen können, geht es ihnen nicht so schlecht, wie sie immer sagen.» Es bestehe Spielraum für Verbesserungen, ist sie überzeugt.

EINE FRECHHEIT

Der Maler Peter Dell Osta Passetto (56) meldet sich ebenfalls zu Wort: «Die Forderungen der Arbeitgeber sind eine Frechheit und realitäts-

fremd!» Nach vierzig Jahren in der Branche ist er frustriert über die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen: «Früher wusste der Chef, dass die Arbeiter eine gute Leistung bringen, wenn sie gut behandelt werden. Heute ist es ihnen scheissegal, und es geht nur um das schnelle Geld.» Nach all den Jahren im Beruf überlegt er sich jetzt, ob er noch als Maler weiterarbeiten will.

«Früher wusste der Chef, dass die Arbeiter gute Leistung bringen, wenn sie gut behandelt werden.»

MALER PETER DELL OSTA PASSETTO

Am Ende der Versammlung spricht auch Unia-Präsidentin Vania Alleva zur Buezer-Gemeinde: «Die Verbesserungen im GAV werden uns nie geschenkt, aber wenn wir gemeinsam kämpfen, können wir diese Verhandlungen gewinnen.»



MALERIN YELINES HOFER: «Die Maler- und Gipserbranche ist sehr rückständig: mit dem Lohn, mit den Ferientagen, mit allem.» FOTO: ISC



SETZEN SICH ZUR WEHR: Gipser Simon Abdella (l.) und Maler Paul Filippow gemeinsam auf dem Bundesplatz. FOTO: ISC



AM WERK: Unia-Mitglied Tamara Carrasco (48, l.) hält die Botschaft der Versammlung mit anderen Malern auf diesem Bild fest. FOTO: ISC

Neuer Bäckerinnen- und Confiseure-GAV bringt gewichtige Verbesserungen Jetzt werden grosse Brötchen gebacken!

Bäckerinnen und Confiseure können sich über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) freuen: Bessere Löhne, Nachtzuschläge für alle und mehr freie Wochenenden.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Sie haben es gebacken gekriegt! Arbeitgeber und Arbeitnehmer einigten sich Anfang Jahr über einen neuen Gesamtarbeitsvertrag für die Bäckerinnen und Confiseure. Der neue GAV kommt mit massgeblichen Verbesserungen. Und die Gewerkschaft Unia war wieder am Verhandlungstisch und hat am Erfolgsrezept mitgewirkt. Eine der grössten Errungenschaften sind die neuen Regelungen rund um die Löhne. Diese werden im neuen GAV automatisch an die Teuerung angepasst. Die Sozialpartner konnten zusätzlich sicherstellen, dass es keinen Kaufkraftverlust gibt und dass die Löhne steigen.



Der Mindestlohn für Personen mit einem eidgenössischem Berufstest (EBA) liegt neu bei 3900 Franken. Wer eine abgeschlossene Bäcker-Confiseur-Lehre EFZ hat, erhält mindestens 4400 Franken. Und Berufslernende mit Berufsprüfung verdienen mindestens 5350 Franken.

Auch die Lehrlingslöhne werden berücksichtigt. Die Mindestlöhne für den Berufsnachwuchs: Lernende EBA erhalten im ersten Ausbildungsjahr 850 und im zweiten 950 Franken. Lernende EFZ stehen im zweiten Jahr mindestens 1050 Franken und im dritten Ausbildungsjahr 1400 Franken zu. Ein grosser Meilenstein, denn dass Lernende in den Gesamtarbeitsverträgen berücksichtigt werden, ist eine Seltenheit. Eine wichtige Forderung, welche die Gewerkschaftsjugend weiter durchsetzen will.

NACHTZUSCHLAG UND RUHETAGE

Wer in einer Bäckerei oder Confiserie arbeitet, muss früh in der Backstube stehen, damit wir morgens das frische, warme Schoggigipfeli



WIE FRISCHE BRÖTCHEN: Der neue GAV ist beliebt. FOTO: ADOBE STOCK

zum Frühstück verspeisen können. Grosse Betriebe arbeiten im Schichtbetrieb sogar rund um die Uhr. Arbeitszeiten in der Nacht sind in der Branche also die Regel, faire Bezahlungen für alle Mitarbeitenden hingegen weniger. Nachtzuschläge erhielten bislang nur Mitarbeitende mit anerkanntem Berufsabschluss. Damit ist im neuen GAV Schluss! Wer zwischen 22 und 3 Uhr arbeitet, erhält einen Nachtzuschlag von 25 Prozent. Und zwar alle – auch Lernende und Mitarbeitende ohne anerkannten Berufsabschluss.

Zudem muss der Chef seinen Angestellten pro Jahr 12 Mal ein ganzes Wochenende freigeben. Das

ist besonders wichtig für die Vereinbarkeit vom Familien- und Sozialleben. Die freien Wochenenden machen den Beruf wieder attraktiver für Einsteigerinnen und Einsteiger. Die Arbeitsstunden werden im neuen GAV strenger kontrolliert, Dienstpläne müssen zwei Wochen im Voraus für zwei Wochen geplant und kommuniziert werden, und Aus- und Weiterbildungen werden vergünstigt.

UNIA ALS SOZIALPARTNERIN

Nach zehn Jahren ist auch die Gewerkschaft Unia wieder Sozialpartnerin für den Gesamtarbeitsvertrag. Im Jahr 2014 verliess die Unia den Bäckerei-GAV, weil für Ungerlernte keine Mindestlöhne bestimmt wurden. In den letzten Jahren gab es intensive Verhandlungen und wurde Lobbyarbeit betrieben. Seit 2019 haben Ungerlernte einen Mindestlohn. Ab dem 1. Januar 2025 wird die Unia wieder vollwertiger Teil der Paritätischen Kommission und so den Vollzug des GAV mitgestalten können.

Anne Rubin, Co-Leiterin Detailhandel bei der Unia, sagt: «Wir sind mit der ausgezeichneten Zusammenarbeit mit den anderen Sozialpartnern zufrieden. Jetzt werden wir uns einsetzen, die Kontrollen noch zu verbessern und den GAV weiterzuentwickeln. Besonders auf den Ebenen Lohn und Vereinbarkeit gibt es noch einiges zu tun.» Dem Bäckerei-GAV sind aber nicht alle Backstuben unterstellt: Die Coop-Bäckereien sind dem Coop-GAV unterstellt und haben bessere Arbeits- und Lohnbedingungen.

Warten auf das Seco: Ab wann ist der neue GAV gültig?

Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Gesamtarbeitsvertrags ist noch unklar – das Seco muss ihn noch als allgemeinverbindlich erklären. Damit zu rechnen ist im ersten Halbjahr 2025. Aber die vereinbarten höheren Löhne werden schon ab dem 1. Januar 2025 gelten. (dak)

Onlinehändler
überschwemmt
die Schweiz mit
Billigware



Temu: So funktioniert der chinesische Online-Riese

Der Online-Billiganbieter Temu heftet sich hartnäckig an unsere digitalen Fersen und lockt mit ultratiefen Preisen und blitzschnellen Lieferungen. Doch den wahren Preis für die günstigen Produkte bezahlen am Ende die Arbeiter in den chinesischen Fabriken.

PARZIVAL MEISTER

Wann haben Sie zum letzten Mal etwas im Internet bestellt? Vor kurzem erst? Dann ist Ihnen bestimmt aufgefallen: Immer und überall erscheint Temu. Um diesen Megaplayer im Versandhandel kommt man einfach nicht herum. Machen wir den Test:

Google-Suche 1: Büromaterial. Von den ersten fünf Treffern sind drei Angebote von Temu.

Google-Suche 2: Hausschuhe. Zwei der ersten fünf Treffer von Temu.

Google-Suche 3: Kleiderbügel. Die Geschichte wiederholt sich.

Und wenn Sie Temu erst mal in seine App gelockt hat, ist es so, als würden Sie durch die Gänge eines schwedischen Einrichtungshauses ziehen: Sie kommen mit der Absicht, einen bestimmten Artikel zu kaufen; und am Ende ist der Einkaufswagen mit Dingen gefüllt, von denen Sie im Vorfeld nicht einmal wussten, dass Sie sie brauchen. Was bei Temu hinzukommt: die unglaublich tiefen Preise. Da gibt es Ohrhörer für 80 Rappen, eine Smartwatch für 10 Franken und einen Milchaufschäumer für 1.70 Franken. Blinkende Anzeigen versprechen zudem, dass man das billige Zeug nochmals 30 Prozent günstiger erhält, aber man muss jetzt zuschlagen. Sofort!

BILLIG, BILLIGER, TEMU

Die Allgegenwärtigkeit von Temu kommt nicht von ungefähr. Die US-Grossbank JP Morgan Chase schätzt, dass das chinesische Unternehmen jährlich rund 3 Milliarden Dollar in seine Werbung investiert. Und die Strategie scheint aufzugehen: Temu ist seit März 2023 in Europa aktiv und flutet seither – zusammen mit den Konkurrenten Shein, Ali-Express & Co. – die Schweiz mit Päckchen aus Südostasien. Der «Blick» titelte vor kurzem: «Täglich landen bis zu einer halben Million Päckli aus Asien in

Zürich». Die Zeitung bezieht sich auf einen «Insider». Experten sind skeptisch, ob die Zahl wirklich so gigantisch ausfällt. Aber das E-Commerce-Beratungsunternehmen Carpathia schätzt den Umsatz, den Temu in seinen ersten neun Monaten in der Schweiz erzielt hat, auf gewaltige 350 Millionen Franken. Temu setzt dabei auf Klein- und Kleinstsendungen. Um die Mehrwertsteuer zu umgehen. Erst ab einem Warenwert von 62 Franken wird eine Sendung in der Schweiz MWSt-pflichtig. Also verteilt Temu die Sendungen in viele kleine Päckli.

Das billige Angebot von Temu ist verlockend, klar. Doch das Angebot des virtuellen Billigwarenhauses hat nicht nur einen Haken, sondern ein ganzes Arsenal davon. Die drei wichtigsten:

Haken 1: Die Qualität

Nein, bei den Temu-Preisen erwartet niemand einen hohen Qualitätsstandard. Aber die Tests, die die Schweizer Konsumentensendung «Kassensturz» durchgeführt hat, zeigen Erschreckendes. Die Macherinnen der SRF-Sendung gaben Schmuck in ein spezialisiertes Labor. Das

75-Stunden-Wochen sind in diesen Fabriken die Norm.

Resultat: Fünf von sechs getesteten Produkten dürften in der Schweiz gar nicht verkauft werden. Das Labor entdeckte zum Beispiel ein gefährliches Schwermetall, das krebsfördernd ist und Nierenschäden verursachen kann. Getestet wurden zudem Kinderspielzeug und Trinkbecher. Und auch hier: Mehrere der Produkte stellen aus toxikologischer Sicht ein Problem dar. So wurden in einem Trinkbecher verbotene Phthalate entdeckt. Diese Chemikalien können den Hormonhaushalt stören.

Doch wieso darf Temu Ware in die Schweiz fliegen, die hier gar nicht verkauft werden dürfte? Vereinfacht erklärt: Temu macht mit seinen Direktlieferungen uns Kundinnen und Kunden zu Importeuren. Und da wir die Ware für den Privatgebrauch nutzen, gelten die Gesetze nicht, an die sich eine Händlerin halten muss.

Haken 2: Die Umweltsauerei

Ökologisch gesehen sind die Direktlieferungen an die Kundschaft, wie sie Temu & Co. praktizieren, eine grobe Sünde. Im klassischen Handel wird Ware aus China per Containerschiff nach Europa in lokale Verteilerzentren gebracht. Temu jedoch schickt täglich Abertausende kleine Pakete per Luftfracht in die Schweiz. Und die Rechnung ist simpel: Wird die Ware per

Flugzeug transportiert, verbraucht dies 50 Mal mehr Treibstoff, als wenn sie per Schiff nach Europa käme. Aber eben, es muss schnell gehen. Temu bietet den Kundinnen und Kunden in Europa eine Lieferzeit von 5 bis 14 Werktagen.

Haken 3: Am Ende leiden die Búezerinnen

Hinter jeder Temu-Bestellung steckt eine chinesische Arbeitskraft, die das Produkt herstellen muss. Und die Búezerinnen und Búezer in Chinas Fabriken leisten Pensen, die wir uns hierzulande nur schwer vorstellen können. Licht in die dunklen Arbeitsstrukturen solcher Fabriken in China bringt die Recherche der Schweizer Menschenrechtsorganisation Public Eye. Sie hatte mit ihrer Enthüllung im Jahr 2021 der Welt vor Augen geführt, wie prekär die Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen im Dienste des Ultra-Fast-Fashion-Konzerns Shein sind. 75-Stunden-Wochen sind die Norm, die Textilarbeiterinnen und -arbeiter sitzen täglich über 12 Stunden an der Nähmaschine – und das an sechs oder sogar sieben Tagen die Woche. Das Ganze zu Löhnen, die nur dank den vielen Überstunden existenzsichernd sind. Shein versprach nach der Publikation des Berichts Besserung. Aber wie die Nachrecherche des Public-Eye-Teams zeigt, chramphen die Arbeitenden weiter wie bisher.

David Hachfeld ist Textilexperte bei Public Eye. Im Gespräch mit work sagt er, dass er und sein Team während der Nachrecherche zu Shein auch auf Fabriken gestossen sind, die für Temu produzierten. Seine Einschätzung: «Wir haben den Eindruck gewonnen, dass in diesen Produktionsstätten ähnliche Verhältnisse herrschen wie bei Shein.» Er sagt, dass Temu den Markt nochmals zum Nachteil der Búezerinnen und Búezer verändert habe: «Es gibt Hinweise darauf, dass Temu noch mehr Preisdruck auf die Hersteller ausübt und diese gegeneinander auspielt. Zum Zeitdruck kommt nun also ein noch stärkerer Kostendruck dazu.» Und dieser wird am Ende auf die Arbeitenden abgewälzt.

DER RUF NACH REGULIERUNG

Der Vormarsch von Temu stösst auch dem Schweizer Handel sauer auf. Zalando und Galaxus gehören bei den unter 34-jährigen mit 41 Prozent zwar nach wie vor zu den beliebtesten Onlinemarktplätzen in der Schweiz, doch Temu (15 Prozent) habe bereits den amerikanischen Onlineriesen Amazon (14 Prozent) verdrängt, schreiben die Schweizerische Post und die Hochschule für Wirtschaft in Zürich in einer gemeinsamen Studie. Die Schweizer Händler fordern von der Politik nun gleich lange Spiesse. Es geht um unlautere Werbung von Temu, fehlende Mehrwert-

Temu-Besitzer: Der reichste Mann Chinas

Temu ist eine Tochterfirma der 2015 gegründeten PDD Holdings. Diese ist mittlerweile die grösste Onlinehändlerin in China. PDD steht für Pinduoduo, was man mit «gemeinsam einkaufen» übersetzen kann. Der Gründer des E-Commerce-Riesen ist Colin Huang, der mit einem Vermögen von 48,6 Milliarden Dollar die reichste Person Chinas ist, wie das Wirtschaftsmagazin «Business Insider» berichtet.

DAS MODELL. Temu versteht sich nicht als Händler, sondern als Plattform, auf der Händler ihre Produkte anbieten und direkt an die Kundschaft verschicken. Über 100 000 chinesische Händler sind auf der Plattform registriert. Pinduoduo lancierte die Temu-App im September 2022 in den USA. In Frühling 2023 begann der Eroberungszug auf dem europäischen Markt.

steuerabgaben und Materialbestimmungen, die der chinesische Gigant nicht einhalten muss.

Für David Hachfeld von Public Eye gibt es noch weitere Möglichkeiten, die etwas bewirken könnten. Etwa eine Mindestgarantiefrist für Elektrogeräte. Dann würden wohl einige Produkte direkt vom Markt fliegen. Und das wäre schon mal eine Verbesserung für die Umwelt.

EIN HAUCH VON HEUCHELEI

Für den Schweizer Händlermarkt sind klar die «bösen Chinesen» schuld. Nur: Herrschte vor den Marktoffensiven von Temu, Shein, Ali-Express & Co. tatsächlich eine marktwirtschaftliche Idylle? Hachfeld sagt: «Wer das glaubt, hat in den letzten zwanzig Jahren geschlafen.» Temu und Shein haben keine komplett neuen Geschäftsmodelle erschaffen. Doch sie haben den Markt beschleunigt. Und das Preisgefälle ist krasser als je zuvor. Aber: «Ware günstig in China einkaufen, das war schon vorher das Geschäftsmodell einiger Händler in der Schweiz.»

Hachfeld fasst die Problematik so zusammen: Auf dem Markt gebe es viele Produkte, die mehr Schaden anrichten, als dass sie nützen. Zudem würden Händler und Behörden zu wenig Verantwortung übernehmen. Also bräuchte die Schweiz endlich ein starkes Lieferkettengesetz? Ja, klar, sagt David Hachfeld. Aber: Die grundsätzliche rechtliche Verantwortung, die Menschenrechte zu respektieren, sei auch ohne Lieferkettengesetz vorhanden. «Es gibt nicht nichts. Die Schweiz tut einfach zu wenig, um diese Verantwortung in der Praxis einzufordern.»

Reclaim Democracy II: Sri Lankas Teeplückerinnen klagen an Gegen Barone und Bluteigel

Auf Sri Lankas Teeplantagen herrschen Hunger und Zustände wie zur Kolonialzeit. Jetzt wehrt sich eine Gewerkschaft mit einem Arbeiterinnen-Tribunal.

JONAS KOMPOSCH

Mögen auch Sie Schwarztee? Mit Milch und Zucker? Laut Coop ist der koffeinhaltige Muntermacher der beliebteste aller Aufgüsse. Der Detailhändler muss es wissen. Denn Teetrinken trendet. Die Durchschnittsschweizerin genoss schon 2015 beachtliche 3,7 Deziliter Tee am Tag. So meldet es das Bundesamt für Lebensmittelvesorgung. Seither ist der Konsum – auch bei Männern – massiv gestiegen. Stichwort «gesunder Lebensstil». Und mit dem Homeoffice-Hype nach Corona schoss die Nachfrage abermals in die Höhe.

Am «Reclaim Democracy»-Kongress machte nun die Schweizer NGO Solifonds auf die Kehrseite dieses Trends aufmerksam. Ein Grossteil des Schwarztees kommt nämlich aus Sri Lanka, der früheren brit-



SCHWARZTEE-BOOM: Pflückerinnen bei der Tee-Ernte in Sri Lanka, ehemals Ceylon. Sie chrampfen zu veritablen Hungerlöhnen. FOTO: SOLIFONDS

Die Pflückerinnen fordern Schutzmassnahmen gegen die Schlangenbisse und Bluteigel.

schon Kolonie Ceylon. Geblieben ist nicht nur der Name für den berühmten Tee. Auch die Arbeitsverhältnisse auf den Plantagen muten noch immer an wie vor 200 Jahren. Nicola Caduff vom Solifonds sagte: «Wir reden von «Reclaim Democracy», also der «Zurückforderung der Demokratie». Doch für die Teeplückerinnen passt der Slogan nicht. Denn wahre demokratische Rechte haben sie noch gar nie gehabt.»

TEE-BARONE HABEN GAV GEKÜNDIGT

Tatsächlich gehören die meisten der rund eine Million Beschäftigten in Sri Lankas Teeindustrie zur diskriminierten Minderheit der Familien. Und geerntet werden die Teeblätter in Handarbeit fast ausschliesslich von Frauen, deren Vorfahrinnen von den Kolonialherren aus Indien deportiert und auf der Insel als De-facto-Sklavinnen ausgebeutet worden waren. Heute pflücken die Frauen für lokale Unternehmer. Doch noch immer sind viele von ihnen Staatenlos, wohnen auf abgelegenen Plantagen in Elendsbaracken, oft mit mehreren Familien zusammengepfercht in einem Zimmer. Trinkwasser und sanitäre Anlagen sind eine Seltenheit, Schulen und Gesundheitseinrichtungen gibt es nicht. Auch in der ei-

gentlich obligatorischen Altersvorsorge sind die Pflückerinnen nicht versichert.

Und ihr Lohn reicht immer weniger fürs Überleben. Denn die vereinigten Teebarone haben 2019 den Gesamtarbeitsvertrag gekündigt. Die Regierung sah sich in der Folge zwar gezwungen, den gesetzlichen Mindestlohn von umgerechnet 2 Franken pro Tag um 90 Rappen zu erhöhen. Doch die Chefs reagierten mit einer drastischen Erhöhung der Erntevorgaben, womit die Löhne real sogar gesunken sind. Zudem wurde Sri Lanka ab 2019 von einer nie dagewesenen Wirtschaftskrise getroffen. Die Lebensmittelpreise stiegen bisweilen um 85 Prozent! Für die Pflückerinnen begann ein regelrechter Überlebenskampf.

BÜEZERINNEN-TRIBUNAL IN COLOMBO

Traditionell sind die Teearbeiterinnen in verschiedenen Gewerkschaften organisiert. Doch Solifonds-Experte Caduff sagt: «Viele dieser Verbände werden von Männern geführt und stehen den Unternehmern näher als die Arbeiterinnen.» Mit einer Ausnahme – der Ceylon Workers Red Flag Union (CWRFU). Diese Gewerkschaft war es denn auch, die mitten in der Krise zu einem neuen Kampfmittel griff. In der Hauptstadt Colombo organisierte sie ein grossangelegtes Arbeiterinnen-Tribunal. Dieses ist rechtlich zwar nicht bindend, hat aber eine grosse symbolische Strahl-

kraft. Denn CWRFU-Frontfrau Menaha Kandasamy war es gelungen, drei renommierte Richter aus Indien, Nepal und Sri Lanka zu engagieren.

RICHTER SIND «SCHOCKIERT»

Das Richterergium hörte sich am 7. und 8. Juni die Klagen der Arbeiterinnen an – und zeigte sich danach «schockiert» darüber, dass die geschilderten Ausbeutungspraktiken «in der modernen zivilisierten Welt andauern können». Das Tribunal hätte gerne auch die Arbeitgeber angehört, doch diese boykottierten den Prozess und schickten stattdessen Agenten des Geheimdienstes vor. Trotzdem adressierten die Richter die Teebarone direkt: «Das Recht auf Leben bedeutet mehr als nur physisches Überleben oder eine tierische Existenz!» Und der Landesregierung präsentierte das Tribunal einen 22-Punkte-Massnahmen-Plan. Gefordert wird etwa die sofortige Durchsetzung des bereits dekretierten Pflückerinnen-Mindestlohns von 4,90 Franken pro Tag. Oder aber reelle Schutzmassnahmen gegen die häufigen Schlangenbisse und Bluteigelbefälle. Und nicht zuletzt empfehlen die Richter auch wirksame Strafen gegen renitente Arbeitgeber. Ob die eben erst neu gewählte Links-Regierung all dem nachkommt? Das hängt nicht zuletzt von der Weltöffentlichkeit ab. Der Solifonds will den Druck mit einer Petition (teaworkers.ch) erhöhen.



KONGRESS: Zum dritten Mal hat das linke Denknetz einen «Reclaim Democracy»-Kongress veranstaltet. Dieses Jahr unter dem Motto «Reclaim Hope», die Hoffnung zurückfordern. Mit über 50 Workshops und Ateliers über Atomwaffenverbotsvertrag bis Wellbeing Economy, von Biodiversität bis ungleiche Demokratie. ILLUSTRATION: MONTAGE WORK

Reclaim Democracy I: Arbeitszeitverkürzung

«Ein Burnoutschutz für die Erde und die Menschen»

Der Soziologe Simon Schupp fordert: weniger Arbeit und mehr Nutzlosigkeit! In seinem neusten Buch erklärt er, wie Arbeit, Natur und Klimakrise zusammenhängen.

IWAN SCHAUWECKER

work: Sie sind für eine «lustvolle Nutzlosigkeit». Sollen wir alle mehr faul rumliegen?

Simon Schupp: Nein, das ist nicht die Idee. Wir müssen uns gegen die Übernutzung unserer Körper und den Verschleiss der Umwelt wehren. Nicht im Sinne von Verzicht, sondern als Befreiungsprogramm, als Gewinn von Wohlbefinden, Gesundheit und Freiheit. Durch Arbeitszeitverkürzung und Verlangsamung, aber auch durch das Zurückdrängen von kapitalistischen Logiken aus verschiedenen Lebensbereichen. Faulheit wird aufgrund der planetarischen Krise aber kaum möglich sein, denn es wird in der Zukunft eher mehr Arbeit geben. Wegen Konflikten und Flucht ist zum Beispiel ein riesiger Zuwachs an notwendiger Sorgearbeit zu erwarten. Und das gleiche gilt für die Landwirtschaft: Für eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft wird viel mehr Arbeit notwendig sein. Aber zuerst müssten wir die

ökologisch destruktiven Jobs und auch das, was der Anthropologe David Graeber «Bullshit-Jobs» nennt, zurückfahren. Damit man die menschlichen Potentiale befreien kann, für das, was planetarisch ansteht.

In Ihrem Buch erklären Sie die historischen Ursachen für die heutige Klimakrise mit einem starken Fokus auf die Arbeitswelt. Warum?

Ich finde es äusserst problematisch, dass das Umweltthema immer mit Konsum gleichgesetzt wird, zum Beispiel mit dem CO₂-Fussabdruck. Damit wird behauptet, man könne die Verantwortung für jede Emission in einen individuellen Konsumakt umrechnen. Das ist erstens falsch, denn wir können nicht frei entscheiden, wie die Dinge hergestellt werden, die wir konsumieren. Und zweitens ist es auch eine Idee, welche die fossilen Konzerne wie BP oder Shell unter die Leute gebracht haben, um die Verantwortung von der Produktion abzulenken.

Sie bezeichnen Arbeit als Gegenbegriff zum Konsum und sprechen von «Stoffwechselepolitik». Warum?

Bei der Arbeit transformieren wir die Natur auf stofflicher Ebene. Und das nicht nur im Schlechten. Das ist nicht nur Umweltzerstörung, sondern ein notwendiger Prozess bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. In der ökologischen Krise wird es nun immer wichtiger, dass wir die Arbeit als politische Arena erkennen, wo wir nicht nur Löhne, sondern auch die Zukunft unseres Planeten aushandeln.

Was sind die Auswirkungen der ökologischen Krise auf die Arbeitnehmenden? Unser letztes Forschungsprojekt mit Bauarbeitern zeigt, dass viele ökologische Fragen

auf der Arbeit ausgehandelt werden. Bei den Verhandlungen für den Landesmantelvertrag war der Klimawandel ein zentraler Gegenstand. Der Baumeisterverband sagte, dass es wegen Extremwetters zu viele Arbeitsunterbrechungen gebe. Deshalb müsse länger gearbeitet werden. Sie wollten den 12-Stunden-Tag und die 58-Stunden-Woche ermöglichen. Die Unia war dagegen und forderte bezahlte Freistellungen, wenn das Wetter gefährlich ist, also eine Arbeitszeitverkürzung. In einem solchen Moment wird ausgehandelt, wer die Kosten der Klimakrise trägt.

Und was denken die Bauleute selbst über den Klimawandel?

Die befragten Bauarbeiter hatten eine starke Distanz gegenüber der Klimapolitik und der Klimabewegung. Sie haben sie als sehr akademisch und elitär wahrgenommen. Gleichzeitig kritisieren sie ihre eigene Branche aber mit ökologischen Argumenten: «Man geht mit der Natur um wie mit uns», haben sie gesagt. Es gebe Stress, und alles müsse möglichst billig sein. Sie haben klare Forderungen gestellt. Zum Beispiel die Arbeitszeitverkürzung, auch als ökologisches Programm.

Wo stehen wir bei der Arbeitszeitverkürzung in der Schweiz?

Die Schweiz hat bei einem Vollzeitpensum die höchste durchschnittliche Arbeitszeit in Europa. Die steigenden Arbeitszeiten, stressbedingte Krankheiten oder auch das Fehlen einer ernsthaften Elternzeit sind gravierende Probleme, die zu wenig thematisiert werden. Wir sollten auch mehr über die ökologische Wirkung einer Arbeitszeitverkürzung sprechen, auch in GAV-Verhandlungen. Es geht nicht nur um Produktionsreduktion, sondern auch um Nebeneffekte, wie zum Beispiel die Verminderung der Pendelzeit bei der Viertagewoche. Ein weiterer interessanter Faktor ist die Abnahme von stressbedingtem Konsum oder auch von schädlichen Urlaubsformen.

Was meinen Sie damit? Das können kleine Sachen wie die Tiefkühlpizza oder Home-Delivery von Essen sein. Aber auch die Flugreise, weil man zu wenig Zeit hat. Und dann auch intensive Formen der Entspannung, was heute unter dem Begriff «Wellness» läuft. Da lässt man sich in Wellness-Maschinerien einspannen, um sich vom belastenden Arbeitsalltag zu erholen.

Über zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung bezeichnen sich inzwischen als müde und erschöpft. Sehen Sie diesen Zustand auch als Ausgangspunkt für den Befreiungskampf?

Ja, diese persönliche Betroffenheit ist viel mehr als ein individuelles Problem. Die kapitalistische Wirtschaft muss wachsen, dafür braucht sie immer mehr Ressourcen. Das bedeutet auch, dass die menschliche Arbeit immer intensiver genutzt wird, also mehr Arbeitsstunden und immer intensiver Arbeit. Das ist der Grund für die Erschöpfungerscheinungen. In Deutschland zeigen repräsentative Umfragen, dass die Hälfte der Beschäftigten wegen der Arbeit zu erschöpft sind, um sich um Freunde und Familie zu kümmern. Und es gibt auch die wachsende Zahl von Burnouts und psychischen Erkrankungen aufgrund von Stress. Die Erschöpfung der Menschen müssen wir in einen Zusammenhang mit der Erschöpfung der Erde und den Ressourcen stellen. Das ist ein und derselbe Prozess. Es geht um einen Burnoutschutz für die Erde und die Menschen.

Simon Schupp: **Stoffwechselepolitik, Arbeit, Natur und die Zukunft des Planeten**, 422 Seiten, Fr. 28.80.



Jubiläum: 20 Jahre Denknetz

Kraftort für linke Menschen und Ideen

Das Denknetz wurde 2004 als Antwort auf die neoliberale Schnellstudien-Fabrik Avenir Suisse gegründet. Doch was hat das Denknetz dem neoliberalen Strom entgegenzuhalten? work hat nachgefragt.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Mit einem Fest einschliesslich Ballons, Geburtstagskuchen und Podiumsgespräch feierte das Denknetz seinen 20. Geburtstag. Die linke Denkfabrik definiert sich selbst als «Forum für den Austausch zu aktuellen Themen aus Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik». Doch nur Denken um des Denkens willen ist nicht das Ziel. Dafür zumindest plädiert die Aktivistin Migmar Dolma am Jubiläumspodium: «Wir dürfen die echten Probleme der Menschen nicht vergessen. Die Theorie braucht immer den Selbstanspruch, Dinge zu verändern, nur dann ist sie berechtigt.»

REICH AN IDEEN

Die Anfänge des Denknetzes liegen am Vierwaldstättersee. Im früheren Gewerkschafts-Seminarhotel Rotschuo in Gersau SZ traf sich über Jahre hinweg ein kleiner Kreis von kritischen Geistern. Unter ihnen die beiden Ex-Unia-Co-Chefs Vasco Pedrina und Andreas Rieger sowie Ex-SGB-Präsident Paul Rechsteiner. Sie debattierten über linke Perspektiven für eine soziale Schweiz. Im Jahr 2000 wurde dann Avenir Suisse, der Think-Tank der Konzerne gegründet. Dank Millionenunterstützung überschwemmt Avenir Suisse seither die politischen Diskussionen mit (Auftrags-)Studien und Analysen. Immer stramm neoliberal: weniger Staat, mehr Wettbewerb, mehr Privatisierung, mehr Steuererhebungen.



Denknetz-Leiterin Nadja Mosimann. FOTO: ZVG

LINKE ERMUTIGUNG

Dem Fest vorangegangen war der dritte vom Denknetz organisierte «Reclaim Democracy»-Kongress. Nadja Mosimann ist Denknetz-Geschäftsführerin und zieht eine positive Bilanz. «Der Kongress war mit 700 Teilneh-

«Das Denknetz soll ein Ort werden, zu dem alle mit neuen, linken Ideen hingehen wollen.»

DENKNETZ-GESCHÄFTSLEITERIN NADJA MOSIMANN

menden ein Erfolg.» Er habe die Breite der Linken gezeigt, aber auch ihre Fragmentierung. Das übergeordnete Thema war «Reclaim Hope», Hoffnung zurückfordern. Gab auch der Kongress Grund zur Hoffnung? Er sei für viele Teilnehmende eine Aufmunterung und Ermütigung für die eigene Arbeit gewesen, sagt Denknetz-Leiterin Mosimann. Und angesichts der aktuellen Weltlage besonders wichtig: «Die Teilnehmenden verharren nicht in der Krisenanalyse, sondern diskutieren Wege in die Zukunft.»

Als Gegenstück zu Avenir Suisse entstand 2004 das Denknetz, viel ärmer an Geld, doch reich an Ideen. Geschäftsleiterin Mosimann sagt: «Ja, wir sind klein, mit wenig Ressourcen. Aber unser Netzwerk ist gewichtig. Über die Verbandsmitgliedschaften haben wir Zugang zu allen wichtigen linken Organisationen in der Schweiz.» In der Vergangenheit sei es dem Denknetz immer wieder gelungen, politische Themenfelder zu besetzen, wie zum Beispiel bei der Unterstellung von Hausarbeit unter das Arbeitsgesetz. «Aber klar», sagt Mosimann, «wir möchten natürlich mehr erreichen, mehr politische Wirkung erzielen.» Deshalb will das Denknetz nächstes Jahr einen bildungspolitischen Schwerpunkt setzen.

In Zukunft möchte Mosimann mehr Räume für linksbewegte Menschen schaffen. «Das Denknetz soll ein Ort werden, zu dem alle mit neuen, linken Ideen hingehen wollen.»

Denkfabrik: Mehr als Übungen in schöngestigen Turnhallen

Drei Fragen an Philipp Müller, Denknetz-Übergangspräsident und Unia-Präsidialesekretär.

work: Was hat das Denknetz bisher erreicht?

Philipp Müller: Das Denknetz ist mit rund 1500 Mitgliedern präsent, und die jüngste Kongress war ein Erfolg. Wichtig ist auch der sozialpolitische Reformvorschlag einer allgemeinen Erwerbsversicherung (AEV). Damit hat das Denknetz eine zukunftsweisende Perspektive für eine progressive Verbindung zwischen Lohnarbeit, Erwerbsausfall und Sicherung einer guten Altersvorsorge aufgezeigt. Erfolgreich ist auch die Vernetzung mit wichtigen Organisationen. Im heutigen Vorstand sitzen die grüne Nationalrätin Franziska Ryser, SP-Nationalrat Jon Pult; die in Wissenschaft, die Unia und der SGB sind ebenfalls vertreten. Und mit Jovita dos Santos haben wir das Glück, eine Forscherin für feministischen Theorie und zum Postkolonialismus in der Schweiz in unseren Reihen zu zählen.

Was ist mit dieser «Unschädlichmachung» gemeint?

Es gibt verschiedene schädliche Rollen, die ein Teil der Schweiz einnimmt. Zum Beispiel der Finanzplatz, der noch immer Steuerhinterziehung begünstigt, oder Firmen, die mit Rohstoffen spekulieren, oder Multis, die zwecks Steueroptimierung ihren Hauptsitz in die Schweiz verlegen. Indem die Schweiz dies zulässt, richtet sie in anderen Ländern Schaden an. Weil dort Steuern fehlen, weil Menschen durch Rohstoffgewinnung ausgebeutet werden, weil Diktatoren ungestraft ihr Vermögen in der Schweiz deponieren können. Die Schweiz soll solidarischer und demokratischer werden.

Wie gelingt dem Denknetz Wirksamkeit, damit die Diskussionen nicht linke Turnübungen bleiben?

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Reclaim Democracy III: Politologin über die extreme Rechte

Das Kalkül hinter dem «Katzenfresser»

Einwanderer fressen Katzen und Hunde. Unis zwingen ihren Studis den Genderstern auf. Oder: Die grün-marxistische Muslimin Sanja Ameti will das Christentum ausrotten. So und ähnlich gehen die drei viralsten Märschen, die rechte Hetzer im Internet gerade rumreichen. Man könnte sie getrost als Nonsens wegweisen. Wenn da nicht die Folgen im realen Leben wären: In den USA kam es nach Donald Trumps Haustier-Lüge zu Bombendrohungen und Angriffen auf Migranten. Im Kampf gegen den «Genderwahn» attackieren Neonazis, Islamisten und andere Homo-Hasser eine Pride-Parade nach der anderen. Und nach ihrem unüberlegten Instagram-Post braucht die Zürcher GLP-Gemeinderätin Ameti Polizeischutz. Ebenso ihre Familie. Was passiert da gerade?



EXTREMISMUSFORSCHERIN: Natascha Strobl. FOTO: VIVANE STUCKI

kampfkunst» am «Reclaim Democracy»-Kongress. Und zog damit die rund 100 Gäste sofort in ihren Bann.

VERUNSICHERUNG. Denn es wird immer offensichtlicher: Die Verbreitung von Stuss nimmt überhand – und erfolgt alles andere als zufällig. Zwar sind rechte Akteure laut Strobl nicht wählerisch. Sie würden im Gegenteil alle erdenklichen

Behauptungen erproben. Stories, die besonders viel Aufsehen erregten, würden weitergesponnen – und international von Gleichgesinnten kopiert. Klassiker seien Themen um Gender, Kinder und Ökologie.

Es geht um die Zerstörung der Demokratie.

Diese Masche funktioniert heute besser als einst, da wir in einer Zeit der Verunsicherung und der multiplen Krisen leben. Ausserdem hätten soziale Resonanz- und Sanktionsräume wie Vereine oder Stammische zunehmend ausgedient. Und die einst bestimmenden politischen Kräfte – Konservatismus, Liberalismus und Sozialdemokratie – brächen vielerorts ein. In das Vakuum, das sie hinterlassen, dränge die extreme Rechte. Doch hierfür brauche sie zunächst eine Diskursverschie-

bung. Das Mittel dazu: Kulturkampf-Märschen à gogo.

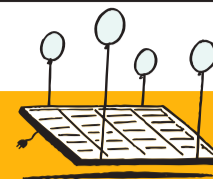
MOB-MOBILISIERUNG.

Fakten spielten dabei keine Rolle, zentral sei bloss eines: Emotionalisierung! Strobl: «Es soll nur gefühlt und eben gerade nicht inhaltlich diskutiert werden.» Primäre Schaubühne dafür seien heute die sozialen Netzwerke, dort sei der Ort des «gemeinschaftlichen Aufstehens», des «Shitstorms», wobei Strobl diesen Begriff für verharmlosend hält. «Hexenjagd» beschreibe die Realität besser. Denn wenn der Mob einmal tobe, werde dies für seine Opfer schnell lebensbedrohlich. Dies sei durchaus beabsichtigt, zumal sich immer mehr Leute in einem Bürgerkrieg wähten oder einen solchen heraufbeschwören. Letztlich gehe es im Kulturkampfischen gerade noch also weder um Haustiere noch um Migranten, sondern um nichts weniger als die Zerstörung der Demokratie.

JONAS KOMPOSCH

Arbeitsforscher: Simon Schupp

Simon Schupp (36) lehrt und forscht als Soziologe an der Universität Basel. Seine 2021 erschienene Dissertation «Technopolitik von unten» wurde mehrfach ausgezeichnet.



Analog, digital, explosiv: Wie der ländliche Raum zunehmend zum Verbündeten der Gewerkschaften wird

Technologisch und politisch verändert sich alles rasend schnell. Die neue Normalität: Die Mehrheit der Menschen in der Schweiz will keinen Sozialabbau. Einschliesslich der SVP-Basis.

Fast fälschungssicheres Geld zu drucken ist technologisch hoch aufwendig. Die Nationalbank kontrolliert deshalb eine Druckerei, die das kann. Schweizer Geldnoten zu fälschen ist feinstes Kunsthandwerk und entsprechend schwierig. Alles wandert parallel dazu von Analog zu Digital. Kryptowährungen drohen den Staaten das Monopol der Währungen zu entreissen. Und damit auch wichtige Einnahmen und wirtschaftspolitische Steuerungsmöglichkeiten.

Der israelische Geheimdienst Mossad produzierte selber Pager mit 25 Gramm Sprengstoff. Technologisch eine Meisterleistung! Er verkaufte diese Minibomben an den Hizbullah. Und liess die tödlichen Pager tausendfach explodieren, weil der Hizbullah zu spät Verdacht schöpfte. Cyberkrieg oder Kriegsverbrechen? Beides gleichzeitig.

SEIN UND BEWUSSTSEIN. Alles beschleunigt sich in unserer Welt, in der technischer Fortschritt in immer mehr Lebensbereiche und Todeszonen dringt. Trotzdem macht Sein weiterhin Bewusstsein: Die Schweiz gerät sozial aus dem Gleichgewicht. Die von den Schweizer SMI-Konzernen ausgeschütteten Dividenden

haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Das Kapital bekommt einen immer grösseren Teil vom Kuchen.

Umgekehrt stagnieren die realen Löhne, wenn wir dem statistischen Amt in Neuenburg glauben wollen. Es hat leider die massiven Erhöhungen der Krankenkassenprämien nicht korrekt berechnet.

Für mehr Lohn haben am 21. September die Gewerkschaften und 15 000 Menschen in Bern demonstriert. Und einen Tag danach versenkte die Mehrheit der Stimmen an der Urne die Bschiss-Revision der zweiten Säule.

Entscheidend war, ist und bleibt der Umwandlungssatz. Dieser hätte von 6,8 Prozent auf 6 Prozent gesenkt werden sollen. Doch das ist total unnötig: besser sollten die Verwaltungskosten der zweiten Säule von 7 Milliarden auf 1 Milliarde gesenkt werden. Das ist möglich, auch dank künstlicher Intelligenz. Heute kassieren die Boni-Verwalter und ihre Vermögensverwalter viel zu viel.

Am schlimmsten treibt es die Swiss Life und ihr Präsident Rolf Dörig. Die Renditen seiner Pensionskassenprodukte sind grotten-schlecht. Und die Verwaltungskosten rekordverdächtig. Warum setzt noch niemand diesen SVP-Oligarchen und Druck?

EXCEL-TABELLEN. Leider ist die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer für die Schuldenbremse. Es hilft nichts, wenn SP-Nationalrätin Tamara Funicello verlauten



PLÖTZLICH GEFÄHRLICH: Der israelische Geheimdienst hat aus Pagern tödliche Minibomben gemacht. FOTO: ISTOCK

lässt, sie habe den Sparbericht zur Bereinigung des Bundeshaushaltes der Kommission Gaillard ungelesen in den Papierkorb geschmissen. Oder wenn uns SP-Co-Präsident Cédric Wermuth via NZZ mitteilt, der Staat sei keine Excel-Tabelle.

Denn der Bundesrat und seine verlängerten Arme wollen, dass die Schweiz unsozialer wird, damit man die Armee Nato-kompatibel aufrüsten kann. Wer dies verhindern will, muss die Excel-Tabellen der Kommission Gaillard im Detail studieren, um den politischen Widerstand zu organisieren gegen weniger für die AHV, nix für die Kitas und den ökologischen Umbau.

In den alpinen Pampas der Schweiz herrscht bereits helle Auf-

regung. Der ländliche Raum ist zunehmend der Verbündete der Linken und der Gewerkschaften. Das beste Beispiel: Die Mehrheit der SVP-Basis stimmte gegen den unsozialen BVG-Bschiss.

Nun schlägt der Think-Tank des Kapitals, Avenir Suisse, zwecks Ablenkung vor, man solle die Gewinne der Nationalbank künftig direkt an alle ausschütten, statt wie heute an Bund und Kantone. Dies soll uns allen bis zu 400 Franken pro Jahr in die Kässeli spülen. Die heilige Kuh ist somit auf dem Eis. Man braucht keine künstliche Intelligenz, um das Spiel zu begreifen. Dreisatz-rechnen reicht aus:

Die Schweizer Nationalbank verfügt faktisch über ein Vermögen

von 800 Milliarden Franken. Vernünftig ist folgender Weg: Man nehme der Nationalbank 500 Milliarden weg. Und schaffe wie Norwegen einen Staatsfonds, der diese Einlage durchschnittlich real mit 3 Prozent verzinst.

Das ergibt jährliche Einnahmen von 15 Milliarden Franken. Und somit gingen pro Nase nicht lächerliche 400-Avenir-Suisse-Fränkli in so einen Staatsfonds, sondern stolze 1650 Franken. Also vier Mal mehr: Bund, Kantone und Gemeinden könnten mit diesem Geld kräftig investieren. Und das ist es auch, was sie tun sollten, sagt SGB-Chefökonom Daniel Lampart in seinem Blog: Sparprogramme seien trotz der Schuldenbremse gar nicht notwendig. Interessante These!

Was sicher zuletzt notwendig ist, ist eine massive Aufrüstung der Schweizer Armee. Doch genau das wollen die Rechten und die Avenir Suisse durchdrücken.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/lampart-blog
Daniel Lampart ist der Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Sein Blog ist eine wahre Fundgrube. Für Lampart muss man gar nicht sparen, sondern investieren. Und Sparprogramme seien trotz der Schuldenbremse gar nicht notwendig.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

Arbeitest du in einem Tankstellenshop?
Mach bei unserer Umfrage mit



Löhne, Arbeitszeit, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben:
Sag uns, was dir am wichtigsten ist, damit die Unia
den Gesamtarbeitsvertrag in deinem Sinn neu verhandelt.

UNIA

Neue EU-Kommission rückt nach rechts

L'EU, c'est moi!

Die zukünftige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Kommissionskarten neu gemischt: Unbequeme Sozialdemokraten sind draussen, die äussere Rechte ist drin.

ANDREAS RIEGER*

Am 18. September liess Ursula von der Leyen die Katze aus dem Sack: Als designierte Präsidentin der künftigen EU-Kommission stellte sie 26 Kommissarinnen und Kommissare vor, die sie nach vielen Hinterzimmergesprächen ausgewählt hatte. Aus jedem EU-Land eine Vertretung, möglichst die Hälfte Frauen, gewichtige Posten auch für östliche Länder. Was ist die politische Logik dahinter?

DIE NEUE KOALITION IST DIE ALTE

Die EU-Parlamentswahlen vom Juni 2024 haben mit einem Patt geendet: Die sogenannte «Mitte», die in der Europäischen Volkspartei (EVP) zusammengefassten Konservativen, blieb die stärkste Fraktion. Rechtsausen hat stark zugelegt, aber nicht mit dem prognostizierten Erdrutschsieg. Eine «Mitte-rechts»-Koalition bekam nicht genügend Sitze. Denn die Linke hatte trotz Unkenrufen nicht verloren: Die sozialdemokratische Fraktion hat im neuen wie im alten Parlament 20 Prozent der Sitze. Die linkssozialistische Fraktion hat noch einige Sitze zugelegt. Verloren haben die Liberalen und die Grünen.

Die Rechnung für die künftige EU-Kommission war danach schnell gemacht. Es gibt nur eine mögliche Regierungskoalition, und das ist die gleiche wie seit Jahrzehnten: Europäische Volkspartei (EVP), Sozialdemokraten und Liberale. Zusammen haben sie die absolute Mehrheit im EU-Parlament. Diese Parteien haben Ursula von der Leyen erneut zur Kommissionspräsidentin gewählt und ihr den Auftrag zur Bildung der neuen Kommission gegeben.

KONZERNE HABEN ERFOLGREICH LOBBYIERT

Mit der Zusammensetzung der Kommission hat jetzt von der Leyen die sozialdemokratischen Koalitionspartner vor den Kopf gestossen. Die Sozialdemokraten erhalten weniger gewichtige Regierungssitze, als ihnen zustehen. Der sozialis-

tische Spitzenkandidat und erfolgreiche Arbeitsminister Nicolas Schmit (work berichtete: [rebrand.ly/spitzenkandidat-schmit](#)) muss seinen Sitz räumen. Das frühere Ministerium für «Arbeit und Soziales» hat von der Leyen zum Ministerium für «People and Skills», also «Fachkräfte und Kompetenzen» degradiert. Der Europäische Gewerkschaftsbund protestiert gegen diese Herabsetzung, die wenig Gutes erahnen lässt. Dahinter stecken die Arbeitgeber, die in der letzten Legislatur bei arbeitnehmerfreundlichen EU-Richtlinien

Die Sozialdemokraten erhalten weniger gewichtige Regierungssitze, als ihnen zustehen.

zu Mindestlohn, Kollektivverhandlungen und Plattformarbeit Niederlagen einstecken mussten. Das Lobbyieren der Konzerne bei von der Leyen war offensichtlich erfolgreich. Diesem Ministerium steht neu die weitgehend unbekannt rumänische Sozialdemokratin Roxana Mînzatu vor.

Etwas weniger unglücklich sind die Grünen: Der europäische «Green Deal» ist in der Zusammensetzung und im Aufgabenbeschrieb der Kommission nicht wie befürchtet zurückgestutzt. Garantin dafür ist unter anderem die spanische Sozialistin Teresa Ribera. Sie war bis jetzt Spaniens gefürchtete Umweltministerin und bekommt in der neuen EU-Kommission eine starke Stellung: Vizepräsidentin und Verantwortliche für den «gerechten» ökologischen Umbau. Ein dänischer Sozialdemokrat wird zudem verantwortlich für Energie.

MITTE RUTSCHT NACH RECHTS

Eine Nominierung sorgt jedoch für Empörung: Raffaele Fitto. Italiens Regierung hat ihn nominiert, er gehört zu den rechtsextremen Fratelli d'Italia von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni. Ob das Parlament dieser Nominierung tatsächlich zustimmt, ist noch offen. Das Parlament muss alle vorgeschlagenen Kommissarinnen und Kommissare bestätigen. In der Vergangenheit ist es auch schon vorgekommen, dass bis zu drei Nominierungen in der Versenkung landeten. Viele finden es skandalös, dass von der Leyen dem Druck von Giorgia Meloni nachgibt. Es ist Ausdruck davon, dass die sogenannten «Mitteparteien» der EVP nach rechts rücken. Die neue EU-Kommission «ist ein Spiegel der aktuellen konservativen Regierungen in vielen EU-Ländern» sagt der sozialistische EU-Parlamentarier Nicola Zingaretti. «Sie ist einen Schritt zurück.»

* Andreas Rieger war Unia-Co-Präsident, und als work-Kolumnist schrieb er über EU-Themen. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.



SPIEL MIT DEM FEUER: Ursula von der Leyen will die linke Regierungspartnerin schwächen und holt dafür Unterstützung von rechtsausen. FOTO: KEYSTONE

Rohstoffmulti entledigt sich seiner Verantwortung

Glencore verkauft Problemminen zum Spottpreis

Eigentlich hätte sich Glencore für seine gewerkschaftsfeindlichen Methoden verantworten müssen. Doch mit einem perfiden Schachzug schafft sich der Rohstoffmulti das Problem vom Hals.

IWAN SCHAUWECKER

Das peruanische Glencore-Tochterunternehmen Volcan weigert sich seit Jahren, mit der Gewerkschaft zu verhandeln, und missachtet die Rechte der Minenarbeiterinnen und -arbeiter (work berichtete: [rebrand.ly/mineure-streiken](#)). Deshalb reichten der holländische Gewerkschaftsdachverband CNV, die NGO Solifonds, der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und die peruanische Gewerkschaft 2023 eine Eingabe gegen Glen-



DEIN GELD TÖTET: Klare Botschaft für Glencore an der letztjährigen Generalversammlung des Rohstoffhändlers in Zug. FOTO: KEYSTONE

core beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ein.

SELTSAME NÄHE. Das Seco hat jetzt entschieden, das Verfahren nicht weiterzuführen. Denn der Rohstoffmulti hat seine Anteile an Volcan im Mai dieses Jahres

verkauft. Zu einem Spottpreis von 20 Millionen US-Dollar. 2017 hatte der Zuger Rohstoffkonzern noch 734 Millionen US-Dollar für den Einstieg bei Volcan bezahlt. Die neue Besitzerin des peruanischen Minenkonzerns ist eine Finanzgesell-

schaft des 69jährigen Argentiners José Luis Manzano, der in Genf lebt und bereits zum zweiten Mal ein Minenunternehmen von Glencore übernimmt. Auf

Die Schweiz braucht eine Gesetzgebung nach Vorbild der EU.

Anfrage von work teilt Glencore mit, dass der Konzern weiterhin Metalle aus den Minen von Volcan kaufe. Zu welchen Konditionen, bleibt jedoch unklar.

UNGENÜGEND. Urs Sekinger hat die Eingabe gegen Glencore für den Solifonds begleitet. Für ihn zeigt der Fall, dass die aktuellen Klage- und Sanktionsmöglichkeiten gegen Konzerne in der Schweiz völlig ungenügend sind. Er sagt: «Für Vergehen in

der Vergangenheit kann Glencore nicht belangt werden, und mit dem Verkauf sind sie raus aus der Verantwortung.»

NEUE INITIATIVE. Isabelle Barmert, Vorstandsmitglied der Koalition für Konzernverantwortung, ist überzeugt, dass es in der Schweiz eine Gesetzgebung nach dem Vorbild der EU braucht. Sie sagt: «Unter der Konzernverantwortungsrichtlinie der EU können Konzerne sich nicht einfach ihrer Verantwortung entziehen, indem sie eine solche Mine abstossen.» Um Konzerne wie Glencore zur Einhaltung der Menschenrechte zu bewegen, brauche es eine Neuauflage der Konzernverantwortungsinitiative. Und ein solche ist in Planung: Die neue Initiative wird im Januar 2025 lanciert.

BESCHWERDE ZWEIFELHAFTE UBS-INVESTITION

Die Non-Profit-Organisation Bank Track aus den Niederlanden und zwei US-Organisationen haben beim Seco eine Beschwerde eingereicht. Grund sind die Investitionen der Grossbank UBS und der Schweizerischen Nationalbank bei den beiden grössten privaten Betreiberfirmen von US-Gefängnissen, Core Civic und GEO Group. In den von diesen Firmen betriebenen Gefängnissen kam es zu Gewalt und Missbrauch gegenüber Migrantinnen und anderen Personen. Der nationale Kontaktpunkt des Seco hat die Beschwerde geprüft und die Aufnahme einer Mediation empfohlen. (isc)

Tesoro-Ausstellung Trauma der Saisonniers

Der Verein Tesoro vertritt die Interessen von Familien, die durch das Schweizer Saisonnierstatut (1934 bis 2002) gedemütigt, auseinandergerissen oder anderweitig geschädigt wurden. Jetzt lanciert Tesoro-Präsidentin Paola De Martin mit Mitstreiterinnen am Departement Architektur der ETH Zürich ein Symposium samt Ausstellung. Dieses heisst «Der Elefant ist der Raum» und dreht sich um die Frage, wie Architektur die strukturelle Diskriminierung der Saisonniers bis heute «speichert». Gezeigt wird unter anderem eine Videoinstallation zum völkisch-eugenischen Charakter des einstigen Ausländergesetzes (ANAG), kreiert von der Schriftstellerin Melinda Nadj Abonji.

Symposium **Der Elefant ist der Raum**, 4./5. Oktober, ETH Hönggerberg, Zürich. Ausstellung: 5. Oktober bis 10. November. Mehr Infos unter tesoro2021.ch.

SRF-Doku Zurück auf den Balkan

Nach 37 Jahren in der Schweiz kehrt Mersiha Osmanović mit ihrem Ehemann zurück in die Heimat nach Bosnien und Herzegowina. Hier lassen sie zwei erwachsene Töchter zurück. Den Umzug begleitet SRF-Journalistin Elma Softić mit der Kamera.



FOTO: ZVG

Schliesslich träumen von einer solchen Rückkehr viele Menschen mit Migrationshintergrund, besonders jene aus der ersten Generation. In ihrer Heimat warten oft ein grosses soziales Umfeld, ein Eigenheim und ein Leben in finanzieller Sicherheit dank der Schweizer Rente. Softić zeigt in der Reportage ungefilterte Emotionen, denn mit der Rückkehr in die Heimat geht für das Ehepaar Osmanović ein Lebenstraum in Erfüllung. Doch die neue Distanz zu den Töchtern stellt die Familienbande auf Probe.

Zurück auf den Balkan – Familien zwischen zwei Heimatländern, «SRF rec.»-Reportage von Elma Softić, 32 Minuten, online unter rebrand.ly/retourindie Heimat.

Demo in Bern Gegen die Abschottung

An Europas Grenzen werden die Zäune höher und länger. Die Bewegungsfreiheit von Menschen auf der Flucht wird immer mehr eingeschränkt. Gewalt, Elend und Tod sind längst zum Alltag geworden. Auch die Schweiz beteiligt sich mit Millionenzahlungen an der europäischen Abschottung. Und auch hier werden Geflüchtete in abgelegenen Camps oder in Bunkern isoliert. Das muss aufhören, finden die Menschenrechtsorganisation Solidarité sans frontières und über 100 weitere Organisationen, darunter die Unia. Unter dem Motto «Zwischen uns keine Grenzen» mobilisieren sie auf den kommenden Samstag zu einer Grosse demo in die Bundesstadt. Für mehr Partizipation und Würde statt Ausgrenzung und Prekarisierung.

Demo **Zwischen uns keine Grenzen** (bewilligt), Besammlung 14 Uhr, Schützenmatte, Bern, mehr Infos unter sofsf.ch.

Neues Buch von Dick Marty, auf deutsch erschienen nach seinem Tod «Ich hasse die Gleichgültigen»

Der Freisinnige Dick Marty legte sich mit Verbrechern, Konzernen und Regierungen an. Dann brauchte er Personenschutz. Doch statt zu schweigen, schrieb er ein Buch.

PATRICIA D'INCAU

Es ist der erste Advent, als die Schweiz über die Konzernverantwortungsinitiative abstimmt. Schweizer Multis wie Glencore & Co. sollen nicht mehr ungestraft davonkommen, wenn sie Menschen im globalen Süden für Hungerlöhne chrapfen lassen oder ganze Dörfer vergiften. Das Gesicht der Initiative: FDP-Politiker Dick Marty. Die Abstimmung ist sein letzter Coup. Danach will er sich zurückziehen. Bücher lesen, mit seinen Hunden spazieren gehen, die Ruhe geniessen. Doch so kommt es nicht.

GEISTER DER VERGANGENHEIT

Freitag vor Weihnachten 2020: Martys Telefon klingelt. Am anderen Ende: der Kommandant der Tessiner Kantonspolizei. Gegen Marty soll ein Mordkomplott im Gange sein. Martys Vergangenheit holt ihn ein.

Kurz zuvor wurde Kosovos Staatspräsident Hashim Thaçi verhaftet. In Den Haag wird er wegen Kriegsverbrechen angeklagt. Marty hat dafür den Grundstein gelegt: 2010 verfasste er einen Bericht für den Europarat. Im Mittelpunkt: die kosovarische Befreiungs-

Dick Marty ist ein unbequemer Beobachter, eine «Nervensäge».

armee UÇK und ihr Anführer Thaçi. Die Vorwürfe: ethnische Vertreibungen, Hinrichtungen und Handel mit Organen von Kriegsgefangenen. Der Zeitpunkt: der Kosovokrieg Ende der 1990er Jahre. Die Gerüchte sind nicht neu, doch lange ist niemand an einer Aufklärung interessiert. Schon gar nicht die USA, die die UÇK während



BIS ZULETZT EMPÖRT: Dick Marty war ein «echter» Liberaler. Einer, der glaubt, dass Demokratie vom Ausgleich lebt. FOTO: BUCHCOVER ROTPUNKTVERLAG

des Krieges aktiv unterstützt hatten. Erst der «Marty-Bericht» bringt die internationale Justiz auf Trab.

Deshalb vermutet Marty nun Rache. Doch offenbar sind es nicht UÇK-Anhänger, die es auf ihn abgesehen haben. Sondern eine Gruppe serbischer Krimineller, die das Attentat den Kosovaren in die Schuhe schieben wollen. Das zumindest glauben die Behörden.

Ab jetzt wird Marty Tag und Nacht bewacht. Das Haus zu verlassen wird zur logistischen Herausforderung. Doch Nichtstun liegt ihm nicht. Also fängt er an zu schreiben. Über die Balkankriege und Bankenpleiten, über Palästina, Guantánamo, mutige Partisaninnen und feige Opportunisten. Und über die Krisen, die er von seinem Hometrainer aus verfolgt.

Als Corona wütet, verlangt der Freisinnige Marty ein Gesundheitswesen, das nicht länger dem «freien Markt» unterworfen ist, als wäre «ein

Antibiotikum dasselbe wie ein Paar Turnschuhe». Er geisselt die Pharmakonzerne, die mit ihren Patenten verhindern, dass Menschenleben gerettet werden. Und als gefordert wird, die Schweiz solle Waffen an die Ukraine liefern, hält Marty dagegen. Statt «die Kriegsanstrengungen auf beiden Seiten zu fördern», müsse die Schweiz humanitäre Hilfe leisten. Denn dieser Krieg, davon ist Marty überzeugt, kenne nur eine Gewinnerin: die Rüstungslobby, die auch immer «in irgendeiner dunklen Ecke» des Bundeshauses lauer.

DER «LETZTE» LIBERALE

In der schwersten Zeit seines Lebens läuft Marty noch einmal zur Hochform auf. Als unbequemer Beobachter. Als die «Nervensäge», die er – wie er schreibt – schon als Kind gewesen sei. Marty hält es mit dem Kommunisten Antonio Gramsci, der einmal sagte:

Der Unbequeme: Dick Marty (1945–2023)

Als Elfjähriger verfolgte Dick Marty den Algerienkrieg am Radio. Von da an gehörte die Politik zu seinem Leben. Er studierte Jura, wurde Staatsanwalt und Tessiner Kantonsrat. Danach sass er für die FDP 16 Jahre lang im Ständerat und vertrat die Schweiz im Europaparlament.

CIA-ENTHÜLLUNG. 2006 deckte Marty auf, dass die CIA in Europa Geheimgefängnisse betrieben hatte. Der US-Geheimdienst hatte Menschen nach Polen und Rumänien verschleppt und gefoltert.

PARTEISCHRECK. Martys Biss freute nicht alle, schon gar nicht in der eigenen Partei. So sagte der ehemalige FDP-Bundesrat Pascal Couchepin einmal, dass es «zum Glück keine zehn Dick Martys im Parlament gibt.» Ein schönes Kompliment, fand Dick Marty. Moral, Anstand und Gerechtigkeit waren für ihn nicht nur leere Worte. (pdi)

«Ich hasse die Gleichgültigen!» Und doch macht er sich nicht gerade als Linker verdächtig, wenn er etwa den französischen Präsidenten Emmanuel Macron für die Erhöhung des Rentenalters lobt. Nein, Marty ist ein «echter» Liberaler. Einer, der glaubt, dass Demokratie vom Ausgleich lebt. Und so seziert er das Weltgeschehen, plädiert für Menschlichkeit und wünscht sich von den jüngeren Generationen: Sucht die Wahrheit, auch wenn sie unbequem ist!

In einem Interview sagte Marty einst: «Ich glaube wirklich, dass der Tag, an dem ich nicht mehr in der Lage bin, mich zu empören, der Tag ist, an dem ich nicht mehr lebe!» Er hatte recht. Am 28. Dezember 2023 starb Dick Marty an Krebs. Empört hat er sich bis zuletzt.

Dick Marty: **Furchtlose Wahrheiten. Betrachtungen eines Staatsanwalts unter Personenschutz.** Rotpunktverlag, Zürich, 208 Seiten, Fr. 28.–. Übersetzung des 2023 auf italienisch erschienenen Buches.

worklxl der wirtschaft

Daniel Lampart



DER SCHWEIZER STAAT SCHWIMMT IM GELD

Wenn man Bundesrätin Keller-Sutter zuhört, erhält man den Eindruck, dass die Schweiz auf ein Schuldenproblem zulaufe. Sie fordert Sparprogramme und will der AHV und der ALV weniger Geld vom Bund überweisen. Wenn man die Statistiken anschaut, sieht man das Gegenteil. Bund, Kantone und Gemeinden haben seit 2006 in fast jedem Jahr Überschüsse erzielt. Sie haben ihre Kassen gefüllt. Auf Kosten der Bevölkerung. Sie haben heute mehr als 100 Milliarden Franken Vermögen. Oder anders gesagt: Jeder und jede von uns hat beim Staat noch ein Guthaben von rund 12 000 Franken.

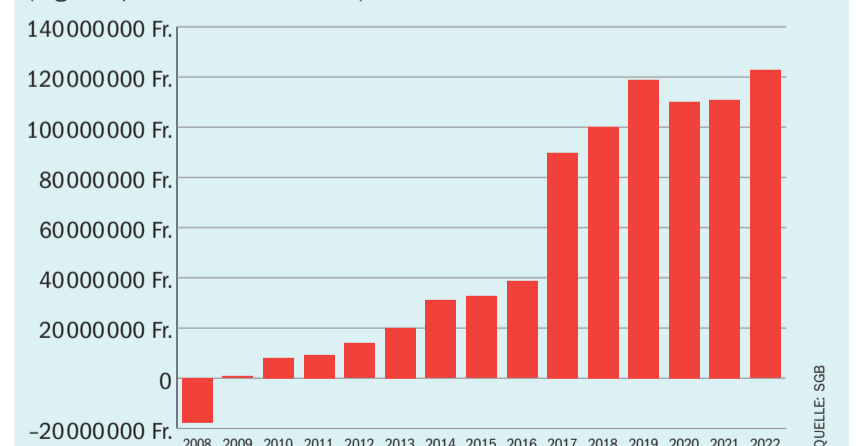
SCHULDENBREMSE. Beim Bund ist die Schuldenbremse das Hauptproblem. Die Schweizer Bevölkerung wollte, dass der Bund nur so viel ausgeben darf, wie er einnimmt. Doch im Bundeshaus haben sie die Schuldenbremse so umgesetzt, dass der Bund Jahr für Jahr 1 bis 1,5 Milliarden Franken spart. Weil es Projektverzögerungen gibt oder Stellen nicht besetzt werden können, kann der Bund nicht das ganze Budget ausgeben. Dieser Überschuss steht aber nicht mehr zur

Verfügung. Sondern er fliesst auf das Sparkonto der Schuldenbremse.

Nicht nur der Staat spart mehr, als er ausgibt. Sondern auch die privaten Haushalte, die Banken, die Versicherungen und die Pensionskassen. Wir sparen in der Schweiz viel mehr, als wir investieren. Aus diesem Grund fliessen rund 50 Milliarden Franken ins Ausland. Sie werden dort angelegt statt in der Schweiz.

KEINE FIRMA. Aus ökonomischer Sicht braucht der Staat gar kein Vermögen. Solange es der Bevölkerung und den Unternehmen wirtschaftlich gutgeht. Denn der Staat ist keine Firma. Sondern der Staat sind wir alle. Oder umgekehrt: ohne den Staat gibt es auch keine Wirtschaft. Denn er gibt die Gesetze und die Rahmenbedingungen. Er sorgt für Ausbildung und Infrastruktur usw. Solange die Haushalte und die Wirtschaft finanziell auf guten Beinen stehen, wären aus ökonomischer Sicht deshalb auch Staatsschulden grundsätzlich kein Problem. Schwierig wird es vor allem dann, wenn sich ein Land – wie ein Entwicklungsland – im Ausland in einer Hartwährung verschulden muss.

Vermögen von Bund, Kantonen und Gemeinden (Eigenkapital in 1000 Franken)



Dann steigen die Risiken, dass es die Zinsen einmal nicht mehr zahlen kann. In der Schweiz ist das Gegenteil der Fall. Weil Staat, Pensionskassen und Haushalte Vermögen bilden, gibt es zu wenig Anlagemöglichkeiten. Die Zinsen sind extrem tief. Das ist nicht nur schlecht fürs Sparkonto, sondern auch für die Sozialversicherungen, die eigentlich 1500 Milliarden gewinnbringend und sicher anlegen müssten.

Es wäre gut, wenn auch Bundesrätin Keller-Sutter sich durch Statistiken leiten und ihre Sparvorhaben bei der AHV und den Sozialwerken aufgeben würde. Die öffentlichen Kassen sind voll. Während bei vielen Leuten das Geld kaum zum Leben reicht. Sparprogramme nützen den Reichen. Gut finanzierte Sozialwerke hingegen mittleren und tiefen Einkommen.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

QUELLE: SGB

Schuh-Imperium: Aus dem Tagebuch eines Bata-Lehrlings

«...so blutete mir die rechte Hand von der Reibung»

Der Herbst bringt Laub, Pfützen – und Gummistiefel! Diese gab's bis 1990 noch made in Switzerland aus der Bata-Fabrik in Möhlin AG, wo die Batalianer arbeiteten und lebten, von Fabrikdirektors Gnaden.

IWAN SCHAUWECKER

Auf der Immobilienplattform Homegate sind gleich zwei «moderne Loftwohnungen» in Möhlin AG ausgeschrieben: die grössere Wohnung mit Deckenhöhe von vier Metern und 4,5 Zimmern zu 2642 Franken Miete. Im Bata-Park ist der Wohnraum noch nicht so knapp und überteuert wie in den städtischen Zentren. Die denkmalgeschützten ehemaligen Fabrikhallen von Bata werden seit 2017 als Loftwohnungen vermietet. Entlang der verlassenen Strasse, die durch den herbstlichen Bata-Park führt, reihen sich Arbeiterhäuschen aus Backstein. Sogar Rehe fühlen sich in der Parkanlage wohl. Die Bata-Minigolfanlage ist stillgelegt, aber das Clubhaus im Baustil der frühen Moderne beherbergt ein Hotel mit Restaurant. Den Speisesaal schmücken historische Fotografien von 1.-Mai-Feiern (bei Bata «Tag der Mitarbeiter»). Im Clubhaus bietet ein Bildband des Historikers Tobias Ehrenbold Einblick in die Geschichte des Bata-Konzerns und der umliegenden Parkanlage.

WOHNEN UND ARBEITEN IN MÖHLIN

Der Plan für den Bata-Park in Möhlin entstand Ende der 1920er Jahre. Der Schuhfabrikant Tomáš Baťa (1876 bis 1932) hatte im tschechischen Zlín die grösste Schuhfabrik der Welt aufgebaut. Knapp 25000 Arbeiterinnen und Arbeiter produzierten dort über 100000 Paar Schuhe pro Tag. Baťa galt als Henry Ford Europas, der mit Massenproduktion und günstigen Schuhen die Branche auf den Kopf stellte. Sein Konzept des «Wohnens und Arbeitens an einem Ort» wollte Baťa auch in anderen europäischen Staaten anwenden und damit die wachsenden Zölle in der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre umgehen. Im bäuerlich geprägten Möhlin konnte Baťa günstig Land erwerben und seinen neuartigen Fabriktypus mit Wohn- und Freizeitanlagen für die Arbeiterinnen und Arbeiter realisieren. Doch die Eröffnung erlebte der Patron nicht, denn er verunfallte 1932 auf dem Flug von Zlín zur Eröffnungsfeier in Möhlin.

ARCHIV IM LUFTSCHUTZKELLER

Im Luftschutzkeller des Gemeindehauses von Möhlin liegen heute die Plakate, Schuhe, Werbeprospekte und

Bata: Milliarden mit Schuhen

Mit weltweit 34000 Mitarbeitenden, 6000 Filialen und 19 Schuhfabriken ist Bata heute immer noch einer der grössten Schuhproduzenten der Welt. Die Bata-Schuhe werden vor allem in Asien, Afrika und Lateinamerika produziert und verkauft. In der Schweiz stellte die letzte Bata-Filiale im Jahr 2022 ihren Betrieb ein, doch der Hauptsitz des Schuhkonzerns befindet sich weiterhin in Lausanne. Das Magazin «Bilanz» schätzt das Vermögen der Familie Bata auf knapp zwei Milliarden Franken.

persönlichen Gegenstände der sogenannten Batalianer. So auch die Tagebücher des Schweizer Bata-Lehrlings Paul Metzger. Der Möhliner reiste 1932 in die tschechische Fabrikstadt Zlín. Die Lehrlinge aus der Schweiz sollten dort zu Führungskräften für die neueröffnete Schweizer Fabrik ausgebildet werden. Wenige Tage nach seiner Ankunft in Zlín schreibt der 14jährige Metzger in sein Tagebuch: «Am Morgen in der Fabrik das erste Heimweh gehabt. Ich habe geweint von etwa neun bis zwölf Uhr. Kein Trank, keine Speise hilft.» Der Tagesplan für die Lehrlinge war strikt: Ar-

Die Eröffnung seiner Schweizer Fabrik erlebte der Patron nicht mehr, er verunfallte auf dem Flug zur Eröffnungsfeier.

beit in der Fabrik von 7 bis 12 Uhr und von 14 bis 17 Uhr und am Abend Schule, Sport und Musik. Im Tagebuch beschreibt Metzger neben seinem Heimweh auch die Strapazen des Fabrikalltags in Zlín: «Ich konnte die Arbeit nicht lange verrichten, so blutete mir die rechte Hand an einer Stelle von der Reibung. Ich meldete es dem Meister, dieser hiess mich wieder Schuhe reinigen, was ich den ganzen Tag nun tat. Am Abend sehr müde.»

ENTGEGEN BAŤAS LEITSPRUCH

Fliessbänder und Stempeluhren beschleunigten die Arbeit in der Bata-Fabrik. Paul Metzger warf einen kritischen Blick auf diese neue Arbeitsrealität: «Zum ersten Mal sah ich, wie der Mensch zu einer Maschine gemacht wird. Doch er ist keine Maschine, er ist eine freie Natur, mit einem Geist belebt.» Seine Beobachtungen standen im Widerspruch zu Tomáš Baťas Leitspruch, der in übergrossen Buchstaben auf dem Elektrizitätswerk der Zlíner Fabriken prangte: «Dem Menschen das Denken – der Maschine die Plage».

DER UNBELIEBTE «KALKULATOR»

Nach eineinhalb Jahren in Zlín kehrte Metzger in die Schweiz zurück. Die Fabrik in Möhlin beschäftigte in dieser Zeit 400 Personen. Die Arbeit war begehrt, und jeden Morgen standen Menschen auf der Suche nach Arbeit vor den Fabrikatoren. Doch Bata war in der Schweiz nicht nur beliebt: Der grosse Schweizer Konkurrent Bally bekämpfte den Billigproduzenten. Der Bundesrat erliess ein Bauverbot für Schuhfabriken. Und Kommunisten demonstrierten gegen den «kapitalistischen Grossausbeuter».

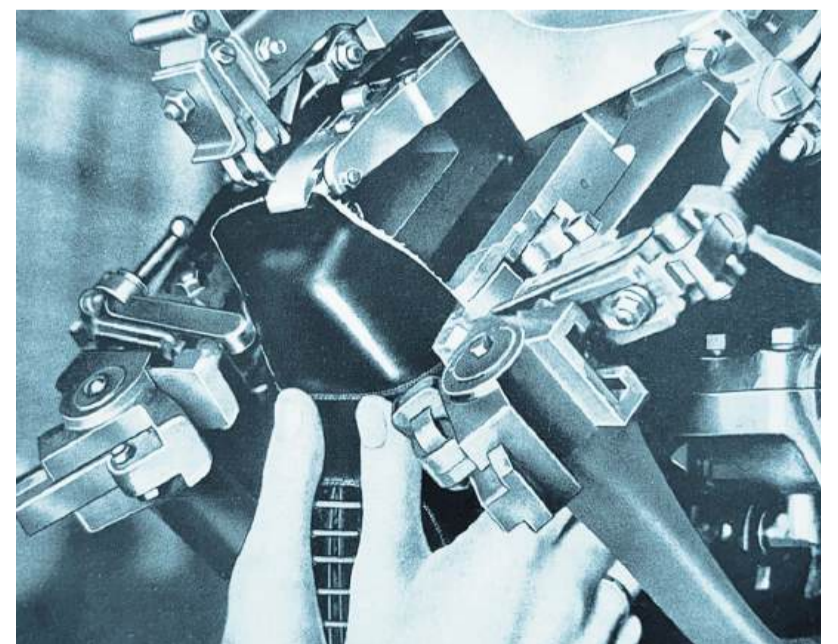
Paul Metzger wurde nach einem Studium der Nationalökonomie «Kalkulator» in der Möhliner Fabrik und überwachte die Produktivität der einzelnen Abteilungen. Wenn Metzger in der Fabrikhalle auftauchte, wurde geflücht, schreibt der Historiker Tobias Ehrenbold. Die Abteilungen waren entsprechend ihrer Arbeitsleistung am Gewinn des Unternehmens beteiligt. Auf dem Höhepunkt der Produktion 1963 produzierten die Batalianer in Möhlin 2,5 Millionen Paar Schuhe. 27 Jahre später stand die Fabrik still, die Produktion von Schuhen in der Schweiz war nicht mehr rentabel, und 125 Personen verloren ihre Arbeit. Einige wenige von ihnen leben auch heute noch in den Arbeiterhäuschen im Bata-Park.



MADE IN MÖHLIN: Bata produzierte bis 1990 Schuhe und Gummistiefel in der Schweiz. FOTO: PLAKATSAMMLUNG SCHULE FÜR GESTALTUNG BASEL



DOKUMENTIERT: Paul Metzger führte Tagebuch über seine Zeit bei Bata. FOTO: BATA-ARCHIV, MÖHLIN



MENSCH UND MASCHINE: In der Schuhproduktion von Bata traf moderne Technik auf geschickte Arbeiterhände. FOTO: ZVG



Das offene Ohr

Marina Wyss von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Bewilligung I: EU-EFTA

2019 habe ich eine auf ein Jahr befristete Anstellung in Bern gefunden und bin von Irland in die Schweiz gezogen. Ich erhielt eine B-Bewilligung EU/EFTA ausgestellt. Der Ausweis lief 2024 aus, doch er wurde verlängert. Inzwischen habe ich eine unbefristete Anstellung gefunden und möchte dauerhaft in der Schweiz bleiben, da ich hier auch meine Lebenspartnerin kennengelernt habe. Eine italienische Arbeitskollegin sagte mir, dass sie nach 5 Jahren eine C-Bewilligung, also eine Niederlassungsbewilligung, erhalten habe. Hätte ich auch Anspruch auf eine C-Bewilligung gehabt nach fünf Jahren?

MARINA WYSS: Nein, einen Anspruch haben Sie nicht. Sie sind irischer Staatsbürger. Da Irland ein EU/EFTA-Land ist, fallen Sie unter den Anwendungsbereich des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU. Bei Arbeitsverträgen, die mindestens 365 Tage dauern, wird grundsätzlich ein B-Ausweis ausgestellt. Die Schweizer Behörden können nach 10 Jahren legalem Aufenthalt, sofern in den letzten 5 Jahren ununterbrochen eine Aufenthaltsbewilligung B vorliegt, eine Niederlassungsbewilligung C erteilen. Da das



C-AUSWEIS der Schweizer Behörden.

andere Ausgangslage vor: Die Schweiz hat mit Italien einen weiteren völkerrechtlichen Vertrag abgeschlossen, eine Niederlassungsvereinbarung. Sind die darin genannten Voraussetzungen erfüllt, erhalten italienische Staatsangehörige bereits nach 5 Jahren eine Niederlassungsbewilligung (sowie Schweizer Staatsangehörige umgekehrt in Italien).

Bewilligung II: Drittstaaten

Aus beruflichen Gründen bin ich 2023 von Serbien in die Schweiz gezogen. Ich habe eine Stelle bei einem internationalen Konzern gefunden. Mein Arbeitsvertrag war auf ein Jahr befristet. Mittlerweile habe ich aber zum Glück einen unbefristeten Arbeitsvertrag, da meine Englischkenntnisse sehr gut sind. Der Migrationsdienst will mir die B-Bewilligung jedoch nur für ein Jahr verlängern. Habe ich nicht Anspruch auf eine längere Aufenthaltsbewilligung oder sogar auf eine Niederlassungsbewilligung?

MARINA WYSS: Nein, als serbische Staatsangehörige fallen Sie nicht unter den Anwendungsbereich des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der EU, und die Aufenthaltsbewilligung wird nicht grundsätzlich für fünf Jahre erteilt. Bei Personen wie Ihnen, die nicht aus einem EU/EFTA-Land stammen, spricht man von Drittstaatenangehörigen. Diese erhalten nur unter strengen Voraussetzungen eine Arbeitsbewilligung im Schweizer Arbeitsmarkt, wobei Ihre Arbeitgeberin hierfür ein Gesuch bei der Migrationsbehörde stellen musste. Die Stellen sind ausserdem zahlenmässig beschränkt (kontingentiert). Das Gesetz besagt, dass bei einer Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung bei der Festlegung der Gültigkeitsdauer die Integration der betreffenden Person berücksichtigt wird. Sofern Sie nur Englisch und kein Deutsch sprechen, könnte das ein Grund sein für die befristete Aufenthaltsbewilligung. Für eine Niederlassungsbewilligung müssten Sie grundsätzlich 10 Jahre einen gültigen Aufenthalt in der Schweiz vorweisen (siehe oben).

Endlich eine neue Wohnung gefunden? Jetzt geht's erst recht los! Ratgeber zum Zügeln und Mieten

Umziehen, ausziehen, einziehen – aber richtig!

Wer wann und innert welcher Frist die Wohnung kündigen kann, regelt das Mietrecht. Um Ihre Rechte und Pflichten als Mieterin oder Mieter zu kennen, müssen Sie den Mietvertrag genau lesen und die wichtigsten gesetzlichen Regelungen kennen. Ein Überblick.

MARIA KÜNZLI

DIE ORDENTLICHE KÜNDIGUNG
Um die Wohnung zu kündigen, müssen Sie die Kündigungsfrist und allfällige Kündigungstermine, die im Mietvertrag angegeben sind, berücksichtigen. Das heisst: Die Kündigung muss spätestens am letzten Tag vor Beginn der Kündigungsfrist bei der Vermieterin oder dem Vermieter sein. Was zählt, ist also nicht das Datum des Poststempels, sondern der Empfang der Kündigung. Als «empfangen» gilt ein eingeschriebener Brief, wenn ihn der Briefträger oder die Briefträgerin der adressierten Person ausgehändigt hat. Ist das nicht möglich und muss eine Abholungseinladung hinterlassen werden, dann gilt als Empfangsdatum der erste Tag, an dem der Brief gemäss Abholungszettel zum ersten Mal abgeholt werden kann – also in der Regel am darauffolgenden Tag.

Die Kündigungsfristen dürfen gemäss Mietrecht nicht kürzer sein als 3 Monate für möblierte und unmöblierte Wohnungen sowie WG-Zimmer, 6 Monate für Gewerberäume und 2 Wochen für möblierte Einzelzimmer. Längere Fristen als diese können vertraglich vereinbart werden, kürzere sind hingegen nicht gültig. Laut Gesetz muss eine Kündigung von Wohn- oder Geschäftsräumen schriftlich erfolgen und eigenhändig unterschrieben sein. Kommt die Kündigung zu spät bei der Vermieterin oder dem Vermieter an, ist sie trotzdem gültig, aber erst auf den nächstmöglichen Kündigungstermin (rebrand.ly/wohnung-kuendigen).

Es ist keine Pflicht, aber Sie sind auf der sicheren Seite, wenn Sie die Kündigung per Einschreiben schicken, dann haben Sie bei allfälligen Unstimmigkeiten einen Beweis, dass die Vermieterschaft die Kündigung erhalten hat. Falls es eilt, können Sie die Kündigung auch persönlich übergeben. In diesem Fall sollten Sie sich auf einer Kopie den Empfang bestätigen lassen (Ort, Zeit plus Unterschrift des Vermieters oder der Vermieterin). Eine Kündigung per Mail genügt also rechtlich gesehen nicht, da hier die eigenhändige Unterschrift fehlt.

Leben Sie in einer Wohnungsgemeinschaft oder im Konkubinät, braucht es bei einer Kündigung zwingend die Unterschrift von allen, die auch beim Mietvertrag unterschrieben haben. Bei einem Ehepaar oder bei eingetragener Partnerschaft müssen beide unterschreiben, auch dann, wenn im Mietvertrag nur eine Person unterschrieben hat.

AUSSERTERMINLICHE KÜNDIGUNG
Oft sind Wohnungen per sofort ausgeschrieben oder in kürzerer Frist als die Kündigungsfrist der alten Wohnung. Dann bleibt oft nichts anderes übrig, als ausserterminlich zu kündigen. In diesem Fall müssen Sie selbst eine Nachmieterin oder einen Nachmieter suchen. Falls Sie niemanden finden, müssen Sie die Miete bis zum ordentlichen Ende der Mietfrist bezahlen. Die Nachmieterin oder der Nachmieter, den Sie der Vermieterschaft präsentieren, muss «zahlungsfähig und zumutbar» sein. Mehr Infos dazu, was das genau bedeutet, finden Sie auf der Website des Mieterinnen- und Mieterverbands (rebrand.ly/mietrecht-beratung).

DIE WOHNUNGSBESICHTIGUNG
Der Vermieter oder die Vermieterin darf potentiellen zukünftigen Mieterinnen und Mietern Ihre Wohnung zeigen: «Der Mieter muss dem Vermieter gestatten, die Sache zu besichtigen, soweit dies für den Unterhalt, den Verkauf oder die Wiedervermietung notwendig ist», heisst es im Mietrecht, Art. 257h des Obligationenrechts (rebrand.ly/wohnungsbesichtigung). Aber: Die Vermieterin

WORTTIPP

MIETRECHT

Welche Wohnungsmängel muss ich selber beheben? Welche Haustiere sind erlaubt, und wie ist das genau mit den Nebenkosten? Auf viele Fragen rund ums Mieten gibt der Ratgeber «Mietrecht» des Mieterinnen- und Mieterverbands eine leichtverständliche Antwort. Mit Formularen und Musterbriefen auch für Nichtmitglieder.

Ratgeber Mietrecht: rebrand.ly/ratgeber-mietrecht

oder der Vermieter ist dazu verpflichtet, die Besichtigungen so zu organisieren, dass für Sie möglichst wenig Umtriebe entstehen. «Der Vermieter muss dem Mieter Arbeiten und Besichtigungen rechtzeitig anzeigen und bei der Durchführung auf die Interessen des Mieters Rücksicht nehmen», heisst es weiter. Mietinteressenten dürfen nicht ohne Ihre Erlaubnis Fotos von der Wohnung machen. Lehnen Sie Fotos ab, sagen Sie der Vermieterschaft vorher Bescheid,

damit diese die Interessenten bereits im Vorfeld darüber informieren kann. Wie viele Besichtigungen Sie als jetzige Mieterin erdulden müssen, ist rechtlich nicht geregelt. Jede Besichtigung muss aber einige Tage vorher angemeldet werden.

Haben Sie ausserterminlich gekündigt und müssen selbst eine Nachmieterin oder einen Nachmieter stellen? Es klingt banal und für die allermeisten wohl selbstverständlich, sei hier aber trotzdem noch erwähnt: Eine ordentliche und saubere Wohnung macht mehr her. Gerade, wenn Sie selber eine Nachmieterin oder einen Nachmieter stellen müssen, sollten Sie die Wohnung bei Besichtigungen im besten Licht zei-



MIT KATZ UND KARTON: Etwas Chaos gehört beim Zügeln dazu, doch Knatsch mit den Vermietern muss nicht sein. FOTO: ADOBE STOCK

und zwanzig Mal dasselbe sagen müssen. Schreiben Sie sich auf, wer geäußert hat, sich bewerben zu wollen, damit Sie den Überblick nicht verlieren.

DIE WOHNUNGSÜBERGABE

Das Gesetz schreibt vor, dass Mieterinnen und Mieter die alte Wohnung spätestens am letzten Tag der Mietdauer zu Geschäftszeiten abgeben müssen. Manchmal ist

im Mietvertrag aber auch etwas anderes geregelt, zum Beispiel, dass eine Wohnungsabgabe am ersten Tag bis 12 Uhr nach dem Ende der Kündigungsfrist möglich ist. Also: Wenn die Wohnung auf Ende Mai gekündigt wurde, kann die Übergabe bis am 1. Juni mittags stattfinden. Es empfiehlt sich, mit der Vermieterin oder dem Vermieter früh einen Termin für die Übergabe zu vereinbaren.

SCHÄDEN

ÜBERGABE-PROTOKOLL

Bei einer Wohnungsübergabe hält die Vermieterin, der Vermieter oder die beauftragte Verwaltung den Zustand der Wohnung in einem Übergabeprotokoll fest. Dabei wird vereinbart, welche Schäden von den bisherigen Mietern übernommen werden müssen. Unterschreiben Sie das Protokoll, müssen Sie für die Schäden aufkommen. Sind Sie unsicher, ob die Schäden wirklich zu Ihren Lasten gehen, unterschreiben Sie das Protokoll erst mal nicht und holen sich Rat von einer Fachperson! Es gibt keine Pflicht, das Protokoll zu unterschreiben. Lassen Sie die Wohnung von einer Reinigungsfirma putzen, achten Sie darauf, dass im Vertrag eine Abnahmegarantie erwähnt ist. Damit ist das Putzinstitut verpflichtet, an der Wohnungsübergabe anwesend zu sein und von der Verwaltung bemängelte Stellen gratis nachzuputzen.

VERSTÄRKUNG. Gab es bereits vorher Probleme mit der Vermieterschaft und befürchten Sie, dass es eine schwierige Übergabe werden könnte, sollten Sie sich Unterstützung von einer Mietrechtsexpertin oder einem -experten holen. Der Mieterinnen- und Mieterverband stellt Fachpersonen zur Verfügung, für Mitglieder gar kostenlos (mieterverband.ch).

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



STILLE: Damit die Hummel brummt und nicht das Handy summt. FOTO: ISTOCK

Pause: Endlich mal Ruhe vor dem Handy

Handys summen und blinken und ziehen damit die Aufmerksamkeit auf sich. Mit wenigen Einstellungen stören sie im Alltag weniger. Sie können auf dem Handy festlegen, von wann bis wann Sie ungestört sein möchten. Das Display wird in diesem Zeitraum abgedunkelt, Apps pausieren, Anrufe werden nicht mehr durchgestellt, und man wird nicht alarmiert, wenn eine Nachricht eintrifft. Für wichtige Kontakte kann man aber Ausnahmen festlegen, damit man etwa für Familienmitglieder trotzdem erreichbar bleibt. So richtet man Ruhezeiten und Ausnahmen ein:

Bestimmen Sie, wann Sie ungestört sein möchten.

Android: Ruhezeiten einrichten: Einstellungen → Digitales Wohlbefinden und Kindersicherung → Schlafenszeitmodus. Ausnahmen festlegen: Anpassen → Bitte nicht stören für den Schlafenszeitmodus → wichtige Kontakte aus Liste auswählen. **iPhone:** Ruhezeiten einrichten: Einstellungen → Bildschirmzeit → Auszeit. Ausnahmen festlegen: Bildschirmzeit → Immer erlauben → Apps und wichtige Kontakte auswählen.

SPERRUNG. Apps versuchen, Nutzerinnen und Nutzer an den Bildschirm zu locken, wenn eine neue Nachricht eintrifft: Der Bildschirm leuchtet auf, es erscheint eine Mitteilung – auch wenn das Handy im Sperrmodus ist. Oder auf dem App-Logo zeigt ein roter Kreis an, wie viele ungelesene Meldungen warten. So kann man solche Benachrichtigungen unterbinden: **Android:** Einstellungen → Benachrichtigungen und Kontrollzentrum → App-Benachrichtigungen → App wählen und gewünschte Einstellung vornehmen. **iPhone:** Einstellungen → Mitteilungen → App wählen und gewünschte Einstellung vornehmen. THOMAS SCHWENDENER

Das müssen Sie wissen, wenn Sie Ihren Job verlieren Der Weg zur Arbeitslosenentschädigung

Wer die Kündigung erhält, ist wohl erst einmal verzweifelt. Wie weiter? Finden Sie nicht sofort einen neuen Job, melden Sie sich möglichst frühzeitig arbeitslos. Die wichtigsten Schritte.

MARIA KÜNZLI

KÜNDIGUNG PRÜFEN. Haben Sie von Ihrem Betrieb die Kündigung erhalten? Dann sollten Sie als erstes prüfen, ob die Kündigungsfrist eingehalten wurde. Die gesetzlich geregelten Kündigungsfristen betragen in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis im 1. Dienstjahr 1 Monat, im 2. bis und mit dem 9. Dienstjahr 2 Monate und ab dem 10. Dienstjahr 3 Monate. Schauen Sie aber im Arbeitsvertrag oder, falls vorhanden, im

GAV nach! Denn die Fristen dürfen vertraglich verlängert oder verkürzt werden. Eine Verkürzung unter einen Monat ist allerdings nur durch GAV und nur für das 1. Dienstjahr erlaubt. Sie haben das Recht, eine schriftliche Begründung für die Kündigung zu verlangen. Nach Ablauf der Probezeit darf Ihnen

Melden Sie sich am besten sofort arbeitslos.

zum Beispiel nicht gekündigt werden, wenn Sie schwanger sind, oder bis 16 Wochen nach der Geburt. Wenn Sie wegen Krankheit oder Unfall ganz oder teilweise arbeitsunfähig sind, sind Sie je nach Anzahl Dienstjahren für eine gewisse Zeit mit

einer Sperrfrist vor Kündigung geschützt (rebrand.ly/unrechtmassige-kuendigung).

ARBEITSLOS MELDEN. Um die volle Arbeitslosenentschädigung zu erhalten, melden Sie sich am besten sofort arbeitslos, spätestens aber am ersten Tag, an dem Sie Arbeitslosenentschädigung erhalten wollen. Sie können sich online beim Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) anmelden oder beim RAV Ihrer Region vorbeigehen (Adressen: rebrand.ly/rav-adressen). Zu Ihrem ersten Termin werden Sie unter anderem die Identitätskarte, den AHV-Ausweis und Nachweise für Ihre bisherige Stellensuche mitnehmen müssen.

ARBEITSLOSENKASSE WÄHLEN. Als nächsten Schritt müssen Sie

eine Arbeitslosenkasse auswählen. Es gibt in der Schweiz über 30 Arbeitslosenkassen, kantonale und private. Eine davon ist die Arbeitslosenkasse der Unia. Die Arbeitslosenkasse wird Ihren Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung abklären. Sie müssen zum Beispiel in den letzten 2 Jahren während mindestens 12 Monaten angestellt gewesen sein und Ihren Hauptwohnsitz in der Schweiz haben (sämtliche Bedingungen finden Sie hier: rebrand.ly/anspruch). Die Entschädigung bekommen Sie monatlich ausgezahlt.

HÖHE DES ARBEITSLOSENGELDES. In der Regel bekommen Sie Arbeitslosgeld in der Höhe von 70 Prozent Ihres versicherten Lohns. In manchen Fällen haben Sie auch Anrecht auf 80

Prozent des versicherten Lohns, zum Beispiel wenn Sie Kinder haben, die jünger als 25 Jahre alt sind, oder wenn Ihr versicherter Verdienst nicht höher ist als 3797 Franken. Das Arbeitslosgeld errechnet sich, vereinfacht gesagt, aus dem Durchschnitt der letzten 6 oder 12 Monate – je nachdem, was für Sie vorteilhafter ist. Auf der Website der Unia-Arbeitslosenkasse können Sie herausfinden, wie viel Arbeitslosenentschädigung Sie pro Monat erhalten: rebrand.ly/unia-alk. Wie lange Sie Arbeitslosgeld erhalten, hängt von Ihrem Alter und Ihrer Situation ab, zum Beispiel, ob Sie unterhaltspflichtig sind und wie lange Sie in den zwei Jahren vor der Arbeitslosigkeit Beiträge an die Arbeitslosenversicherung (ALV) bezahlt haben.

IHRE PFLICHTEN INFORMIEREN

Während Sie Arbeitslosenentschädigung beziehen, müssen Sie sich um eine neue Anstellung bemühen und diese Anstrengungen monatlich belegen. Das RAV wird mit Ihnen gemeinsam einen Massnahmenplan ausarbeiten, an den Sie sich halten müssen. Ausserdem müssen Sie Ihre Arbeitslosenkasse über Veränderungen informieren, die eine Neuberechnung des Taggeldes nach sich ziehen können, zum Beispiel ein Unfall, eine Krankheit, eine neue Stelle oder ein Zwischenverdienst. rebrand.ly/informieren

Tipps und Tricks zum Kochen Neues auf dem Tisch

Kochen Sie auch immer das gleiche? Damit ist jetzt Schluss. Wir stellen Ihnen Foodblogs vor, bei denen Sie garantiert fundiert werden und Neues entdecken.

VEGETARISCH. Inspiration für gesunde vegetarische Familienrezepte mit nur wenigen Zutaten gibt es auf www.loumalou.ch. Wie war's zum Beispiel mal mit Zucchini auf Naan-Brot und Zitronenricotta oder mit einem Süsskartoffel-Kichererbsen-Eintopf?



FOTO: ADOBE STOCK

über Rüeblisuppe bis zu Ramen-Burger. **ABWECHSLUNGSREICH.** Kalbsroulade, marokkanisches Poullet oder Brennnesselbutter: Auf dem Blog www.nom-nom.ch gibt es Besonderes und doch Alltagsrezepte mit nur wenigen tauglichen, wunderbar illustriert. Die Rezepte klingen zwar manchmal etwas kompliziert, sind aber verständlich beschrieben und leicht nachzukochen.

ZUM STÖBERN. Seit 2019 gibt es die Datenbank www.foodblogs-schweiz.ch. Hier finden Sie eine ansehnliche Sammlung an Schweizer Blogs und können das für Sie Passende selber suchen. Das Verzeichnis umfasst zurzeit 109 Einträge. Guten Appetit! (mk)

JOB VERLOREN? In der Regel erhalten Sie 70 Prozent Ihres versicherten Lohnes; wenn Sie Kinder unter 25 Jahren haben, sind es 80 Prozent. FOTO: ISTOCK

workrätsel 3 Mal ein Coop-Gutschein à Fr. 50.– zu gewinnen!

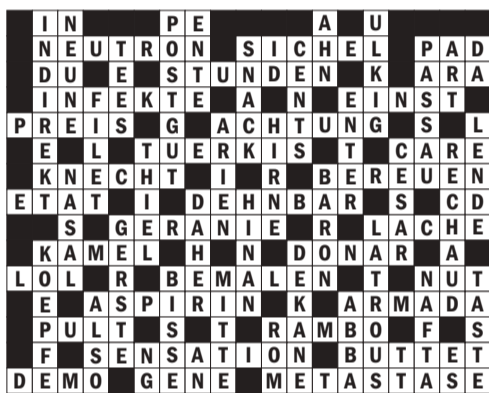


Die Gutscheine können bei Coop sowie Unternehmen der Coop-Gruppe eingelöst werden.

Coop Rechtsschutz wünscht Ihnen einen guten Einkauf!



LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 10
Das Lösungswort lautete: **REBELLION**



DEN PREIS, eine Übernachtung mit Frühstück für zwei Personen im Hotel Bern, hat gewonnen: **Beatriz Andrade, Zürich**
Herzlichen Glückwunsch!

Gewürz-zusatz-stoff			Regisseur des Films «Arbeiter-klasse»	Velo (engl.)	Roman-titelfigur bei Goethe †			helle engl. Biere	Roh-wolle d. Schafs	Doppel-vokalt	Winkel-funktion		Hirsch-art: ...hirsch		Salz der Ölsäure	Gerb-stoff	span. Ausruf	Binde-wort
eh. CH-Eis-kunst-läufer		7						unfreier Lehns-mann							# Me ...			
zwecks			Speicher-medium (2 W.)		... Democracy								schweiz. Kabaret-tist (Andreas)		Natur-geist, Elf			
Billette						4		Schach-figur		Ton-kunst		Nadel-baum				3		helden-hafter Mann
					griech. Kyklo-den-insel		ange-strengt, eifrig								Wund-abson-derung		Bollwerk	
kelt. Dichter			eh. Berliner Flug-hafen	geflü-geltes Pferd								schweiz. Philo-soph † (Hans)		harz-loser Nadel-baum				
die Kern-spaltung betref-fend							Teil des Hub-schrau-bers		Krank-heits-erreger Mz.		Bil-dungs-veranstaltung							
		10		alkohol. Mix-getränk		Wieder-aufleben (engl.)							Zeug-nisnote (2 W.)		auf diese Weise, derart			
Luft der Lunge	gross und schwer		Bewe-gungs-lehre								Tessin-er Cam-ping-zentrum		Teil e. Buches					9
Merkt-zettel Mz.					subarkt. Hirsch			Fakul-tätsvor-steher		hoch im Preis, kost-spielig				2		niederl. Gross-stadt		Umver-brauchtes
			hope fight ...				schweiz. Schau-spieler † (Walter)						nicht nachts		Verhält-niswort			6
Meeres-säugetier	verbin-den, vereinigen					5			Knallge-räusch im Comic			Augen-flüssig-keit (Ez.)		1				
Werbe-kurzfilm					Initialen e. CH-Tennis-spielers		ital. Tonbez. für das D		Schicht, Überzug						männl. Fürwort		frz. Artikel	
Acker-gerät	früher, eher					Bart-entfer-nung						Jauche						8
				weibl. Fabelwe-sen Mz.					extrem gross									

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Lösungswort einsenden an: **work**, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: **verlag@workzeitung.ch**
Einsendeschluss 10. Oktober 2024

INSERAT

UNIA

MEHR ZEIT ZUM LEBEN

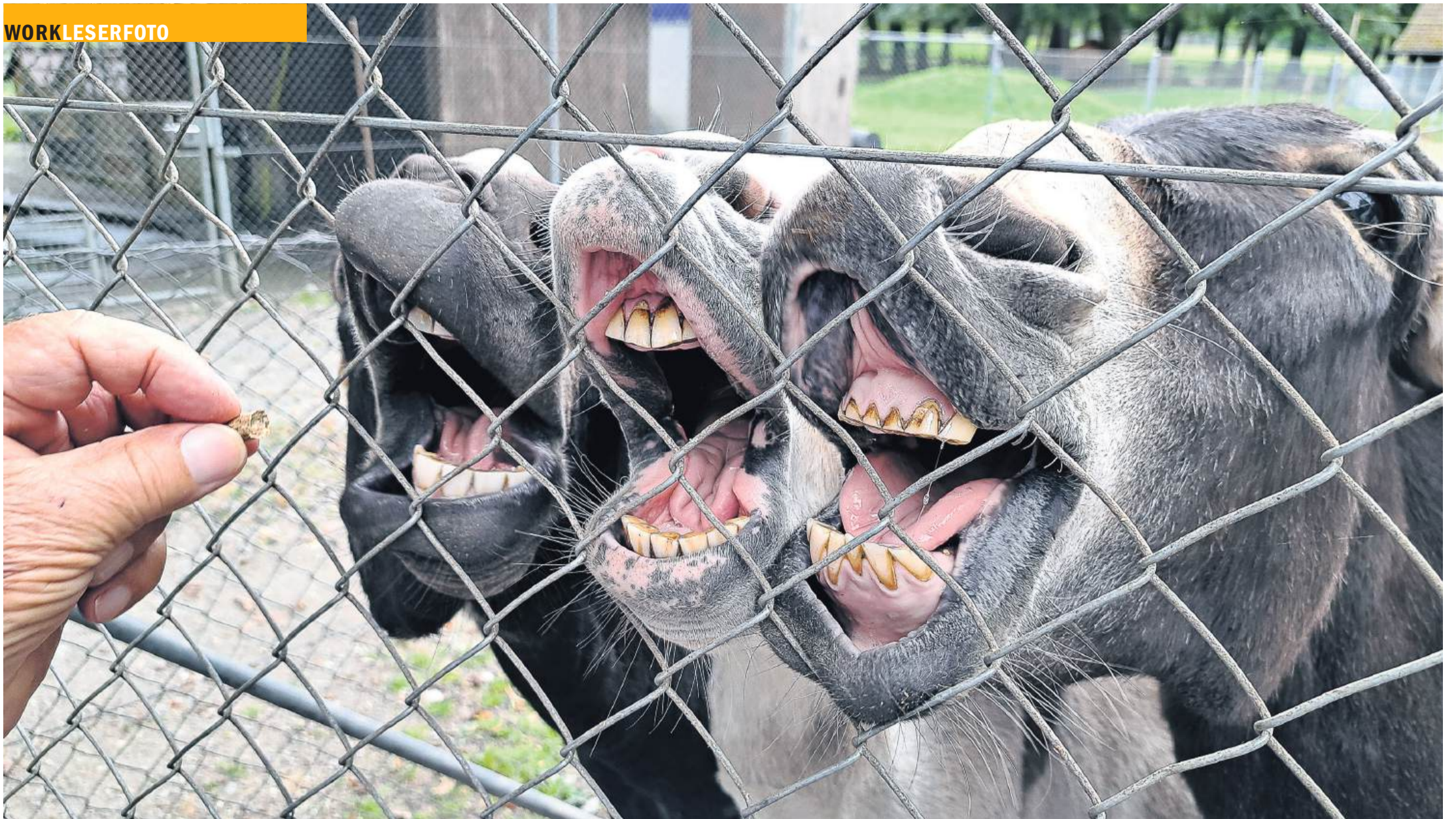
Arbeitszeitverkürzung jetzt!

Mit 42 Stunden pro Woche bei einem Vollzeitjob ist die Schweiz das Land mit den längsten Arbeitszeiten in Europa.

Das wollen wir ändern! Wie erreichen wir eine Verkürzung der Arbeitszeit?

Programm und Anmeldung hier

WORKLESERFOTO



Auf die Mäuler!

WANN Anfang September 2024
WO Kreuzlingen TG
WAS Hungrige Esel im Tierpark
 Eingesandt von Hanspeter Müller, Langenthal BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



Rund zwei Drittel sagen Nein zum BVG-Bschiss – eine Kurz-Analyse

Ohrfeigenwetter für Renten-Abbauer

WORKZEITUNG.CH / 22.9.2024: KLARES NEIN ZUM BVG-BSCHISS

Super!

Super, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben richtig abgestimmt – und das gleich zwei Mal. Jetzt müsste man nur noch die 10-Prozent-Garantie für die Verwaltung der BVG abschaffen, und ich garantiere mehr Erfolg als heute!

SWISSBONSAI, VIA TIKTOK

Aua, das tut weh!

Ui ui ui, schon die zweite Ohrfeige dieses Jahr, die das Volk den Parteien SVP, FDP, GLP und Mitte verpasst: Ja zur 13. AHV-Rente und Nein zum Rentenabbau in der Pensionskasse. Für die SVP und die FDP ist es sogar schon die dritte: die wollten uns alle Nichtmillionäre ja auch noch bis ins Grab

chrampfen lassen. Der Volksmund sagt, dass Kinder, die einmal auf die heisse Herdplatte gefasst haben, dies nicht mehr tun. Ich bin jetzt mal gespannt, ob die bürgerlichen Parteien langsam auch einsehen: Das Volk will eine andere Rentenpolitik als die Parlamentsmehrheit!

HANS SCHENKER, PER MAIL

Ich bin nicht zu dumm!

Nein, Herr FDP-Präsident Burkart, und nein, Frau GLP-Nationalrätin Melanie Mettler, ich bin nicht zu dumm, die BVG-Revision zu verstehen. Ich habe sehr gut begriffen, dass von dieser Reform kein Mensch, den ich kenne, profitiert hätte. Dafür alle auf die eine oder andere Art verloren. Ich verstehe ja, dass Sie sauer sind, weil das Volk nicht auf den von Ihnen propagierten Bschiss reingefallen ist. Aber deswegen sollten Sie jetzt

nicht die fast 70 Prozent der Stimmmenden, die wie ich nicht auf Ihre Tricks hineingefallen sind, beleidigen. Zeigen Sie doch ein bisschen Haltung, wenn es für Anstand schon nicht reicht!

DORLI BERTSCHI, PER MAIL

So sollte es weitergehen

Jetzt müssen wir das BVG-Obligatorium abschaffen und den Versicherten die Möglichkeit geben, dass sie ihr Gespartes in ihrer PK lassen oder auf die AHV übertragen. Für eine starke staatliche Altersvorsorge!

ROBERTA BLUMER, VIA FACEBOOK

WORK 10 / 5.9.2024: TEMPORÄR-ARBEITERIN ERHÄLT ÜBER 10.000.- Danke, Unia!

Dieser Erfolg ist nur dank der Unia möglich gewesen! Ohne eine starke Gewerkschaft im Rücken ist man praktisch machtlos gegenüber solchen Praktiken!

GORAN TRUJIC, VIA INSTAGRAM

WORK 10 / 5.9.2024: ROSA ZUKUNFT: RETTEN UNS DIESE BÄUME?

Weniger ist mehr

Liebes work-Team, der Artikel scharwenzelt mit technischen Lösungen gegen die Klimazerstörung. Das würde ich schlicht delegieren nennen. Die Technik macht das für uns, wir können das nichts machen. Also Denkfehler.

Wir müssen vom Konsum runter, siehe in derselben work-Ausgabe den Leserbrief auf Seite 21 «Die Schattenseiten» und den Artikel auf Seite 18 «Tipps und Tricks für ein nachhaltigeres Leben»: Da geht die Reise hin! Weniger Arbeiten, pfeift auf Geld, mehr hinderliche!

PAUL DORN, ZÜRICH

WORK 9 / 15.8.2024: 10 000 LEHRSTELLEN NOCH UNBESETZT

Die wichtigsten Fragen

Seit Jahren lese und höre ich immer wieder, dass Lehrstellen nicht besetzt werden können. Was wird da konkret unternommen, um dies zu ändern? Wenn ein Problem gelöst werden soll, muss die Ursache bekannt sein, um reagieren zu können. Was ist denn der Grund für die offenen Lehrstellen? Haben die Unternehmen zu hohe Erwartungen an die Schulabgänger? Sind es die Hürden, um schon überhaupt mal eine Schnupperlehre machen zu können? Fehlt der jungen Generation zum Teil die Motivation? Ist es, weil akademische Berufe in der Gesellschaft besser angesehen sind als handwerkliche Berufe? Ist es wegen des stetigen Abbaus industrieller Betriebe in der Schweiz?

MARTIN STRAUB, PER MAIL

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe@unia.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16



Mischa Schori kurvt durch Berns Aussenbezirke

«Lasst mich raus!»

Den Bernerinnen und Bernern liefert Mischa Schori ihre Briefe und holt die gebrauchten Kaffeekapseln aus den Milchkästen. Ein Hund hat ihn dabei noch nie gebissen, aber schon mal überrascht.

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Mischa Schori (31) arbeitet als Briefträger zwischen den Hochhäusern von Bern Bethlehem und dem ländlich anmutenden Oberbottigen am Rand der Stadt Bern. Seinen Arbeitstag beginnt er um halb sechs Uhr morgens im ehemaligen Ascom-Gebäude in Bümpliz. Fast die ganze Post für die Stadt Bern wird von diesem Standort aus verteilt. Das Gebäude hat eine lange Industriegeschichte. In den 1950er Jahren arbeiteten hier über 6000 Mitarbeitende der Hasler AG, dem Vorgängerbetrieb der Telekomfirma Ascom. Die Aufträge der PTT und der Armee führten damals zu einem enormen Ausbau und zum grössten Industriebetrieb der Stadt. Doch dies ist längst Geschichte. Heute arbeiten noch etwas mehr als 100 Personen im dort angesiedelten Logistikzentrum der Post.

DRAUSSEN UND FÜR SICH. Schori sagt: «Die Post kommt hier in der Nacht per Lastwagen an und wird in den frühen Morgenstunden für die Touren der Pöstlerinnen und Pöstler vorbereitet.» Zuerst sortiert Schori die Briefe, welche die Maschine nicht sortieren konnte. Dann packt er diese ein, und seine Tour beginnt. Diese ist wochenweise die gleiche, ausser eine Kollegin oder ein Kollege sei krank. Schori ist entweder mit dem Elektroroller oder dem Transporter unterwegs. So oder so: «Meine Lieblingstour ist diejenige nach Oberbottigen.» Dort sind es zwischen 400 und 500 Haushalte, die er beliefert. Und die Wege zu den Einfamilienhäusern und Bauernhöfen sind deutlich länger als etwa in Bethlehem, wo in manchen Hochhäusern mehr als 200 Haushalte pro Adresse zu Hause sind. «An meinem Beruf mag ich vor allem, dass ich morgens draussen unterwegs bin», sagt Schori. Einmal habe er es zwar auch mit einem Bürojob versucht. Aber schon nach kurzer Zeit habe er nur noch eines im Kopf gehabt: «Lasst mich raus hier!»

WENIGER POSTKARTEN. Zum Briefträgerberuf fand Schori vor 16 Jahren an der Berner Berufsmesse. Nach dem Schnupperkurs beim gelben Riesen sei für ihn klar gewesen: «That's the way!» Seine Lehre machte er bei der Post in Lyss BE, wo er aufgewachsen ist. Noch heute lebt Schori in der Kleinstadt im Berner Seeland. In den letzten Jahren habe sich seine Arbeit als Briefträger verändert: «Wir haben deutlich weniger Briefe, aber dafür mehr Päckli aus China, von Temu oder Aliexpress.» Auch die Postkarten würden im Zeitalter von Whatsapp & Co. immer weniger. Anderes kam dafür hinzu: «Wir nehmen inzwischen auch viele Dinge von den Kundinnen und Kunden zurück, vor allem Nespresso-Kapseln und alte elektrische Geräte von der Swisscom.» Auch die Fahrzeugflotte hat sich gewandelt. Vor

zehn Jahren noch fuhr Schori mit dem Benziner durch die Gegend. Heute ist er ausschliesslich elektrisch unterwegs.

DRÄNGEL-RENTNER. Seinen Beruf mache er gerne, ausser wenn er am Briefkasten von der Kundschaft bedrängt werde. Schori erklärt: «Es gibt Pensionierte, die sind bereits frühmorgens ungeduldig.» Das stresse ihn, besonders wenn die Leute ihn dann noch belagerten. Auch von einem Berner Sennenhund wurde Schori schon einmal bedrängt: «Ich hatte die Briefe in der einen und den Scanner in der anderen Hand, da spürte ich plötzlich die Pfoten auf meiner Schulter.» Das Tier habe zum Glück nur spielen wollen. Und auch gebissen worden sei er noch nie. Schori kennt inzwischen die meisten Tücken seiner Tour, und viele Namen und Adressen weiss Schori auswendig. So muss er vor den unzähligen Briefkästen der Hochhäuser nicht «hin und her seckeln». Nach getaner Arbeit verabredet sich Schori manchmal mit den Kolleginnen und Kollegen seines zwölfköpfigen Teams zum Mittagessen. «Wir haben Glück, denn wir haben nur wenige Wechsel im Team», sagt Schori. Zu Ende ist sein Arbeitstag in der Regel um 15 Uhr.

MITGLIED BEI SYNDICOM. Insgesamt sei er zufrieden mit den Arbeitsbedingungen bei der Post, sagt Schori. Mit seinem 100-Prozent-Job verdient er etwa 4600 Franken netto. Schori ist auch Mitglied bei der Gewerkschaft Syndicom, für die er seit diesem Jahr im Berner Regionalvorstand tätig ist. Neben den Poststellenschliessungen sei da auch der GAV ein grosses Thema. Der neue Post-GAV wird ab 2025 unter anderem höhere Zuschläge für Abend-, Nacht-, Sonntags- und Piketteinsätze sowie eine Erhöhung der Treueprämien bringen.



Der Vertrag gilt für mehr als 28000 Mitarbeitende bei Post und Postfinance. Indirekt davon profitieren könnten aber auch Schoris Kolleginnen und Kollegen von der privaten Konkurrenz. Schori hat auch sie auf dem Schirm: «Wenn ich mit den Kurieren von DHL oder UPS spreche, dann geht es immer auch um den grossen

Stress in der Branche.» Der Konkurrenzkampf und das Onlineshopping hätten die Situation der privaten Zusteller in den letzten Jahren zunehmend erschwert. Die Standards und Mindestlöhne im Post-GAV könnten aber dafür sorgen, dass sich auch bei den privaten Zustellbetrieben bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen.



MISCHA SCHORI GUGGENMUSIK UND GAMES

Als Mischa Schori seine Pöstlerlehre begann, trat er auch der Guggenmusik in seiner Heimatstadt Lyss BE bei. Bis zur letzten Fasnacht spielte er Trompete, vor kurzem hat er auf die Posaune umgestellt. Mit den Proben für die nächste Fasnacht beginnt er bereits in diesen Wochen. Schori lebt alleine, und eigene Kinder sind für ihn im Moment kein Thema. Gerne hätte er aber eine Katze. Nur seien Haustiere in seiner Wohnung nicht erlaubt.

MANGA. Nach der Arbeit entspannt sich Schori gerne auch mit Kollegen, zum Beispiel beim gemeinsamen Onlinegamen von World of Warcraft, dem legendären Fantasy-Rollenspiel. Schori schaut auch gerne die japanische Mangaserie «One Piece», von der seit 1999 über 1100 Folgen ausgestrahlt wurden. Zudem begeistert er sich für American Football und Wrestling, aber nicht aktiv im Ring, sondern lediglich als Zuschauer.

DIREKT. Seine grösste persönliche Stärke sei zugleich auch seine grösste Schwäche, sagt Schori. Er sage gerne, was er denke, und er sage die Dinge am liebsten direkt. Und er möge es auch, wenn andere direkt zu ihm seien. Das führe auch immer wieder zu spannenden Diskussionen, denen er nicht aus dem Weg gehen wolle.

BERNER BRIEFTOUR:
Pöstler Mischa Schori verteilt auf seinem Elektroroller die Post.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach, 3000 Bern 16 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Laura Gonzalez, Patricia D'Incau, Maria Künzli, Daniel Lampart, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseller@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jallily, verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Fabienne Jallily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia